



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 93

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 93

vom 15.12.2015

del 15/12/2015

Präsident
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann
Dr. Roberto Bizzo

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 93

vom 15.12.2015

Inhaltsverzeichnis

Landesgesetzentwurf Nr. 61/15: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Stabilitätsgesetz 2016" (Fortsetzung) Seite 1

Landesgesetzentwurf Nr. 62/15: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für die Finanzjahre 2016, 2017 und 2018 (Stabilitätsgesetz 2016)" (Fortsetzung)Seite 1

Landesgesetzentwurf Nr. 63/15: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für die Finanzjahre 2016, 2017 und 2018" (Fortsetzung)Seite 1

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 93

del 15/12/2015

Indice

Disegno di legge provinciale n. 61/15: "Disposizioni collegate alla legge di stabilità 2016" (continuazione) pag. 1

Disegno di legge provinciale n. 62/15: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per gli esercizi 2016, 2017 e 2018 (legge di stabilità 2016)" (continuazione) . . pag. 1

Disegno di legge provinciale n. 63/15: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per gli esercizi 2016, 2017 e 2018" (continuazione) pag. 1

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann

Ore 14.33 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung hat sich die Abgeordnete Artioli entschuldigt.

Punkt 278 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 61/15: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Stabilitätsgesetz 2016"* (Fortsetzung).

Punkt 279 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 62/15: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für die Finanzjahre 2016, 2017 und 2018 (Stabilitätsgesetz 2016)"* (Fortsetzung).

Punkt 280 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 63/15: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für die Finanzjahre 2016, 2017 und 2018"* (Fortsetzung).

Punto 278) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 61/15: "Disposizioni collegate alla legge di stabilità 2016"* (continuazione).

Punto 279) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 62/15: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per gli esercizi 2016, 2017 e 2018 (legge di stabilità 2016)"* (continuazione).

Punto 280) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 63/15: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per gli esercizi 2016, 2017 e 2018"* (continuazione).

Ich weise darauf hin, dass in der letzten Sitzung vom 11. Dezember 2015 alle Berichte zu den drei in Behandlung stehenden Gesetzentwürfen verlesen wurden. Wie Sie wissen, erwartet uns heuer ein Novum. Während bisher im Zuge der Verabschiedung des Haushaltes zwei Gesetzentwürfe diskutiert wurden, nämlich das sogenannte Finanzgesetz und der Haushalt selbst, erwartet uns dieses Jahr die Verabschiedung von drei Gesetzentwürfen. Da Artikel 101 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages vorsieht, dass die zwei Gesetze zum Haushalt gemeinsam behandelt werden, war eine Interpretation dieses Artikels notwendig. Theoretisch müsste die Geschäftsordnung dementsprechend angepasst werden. Der entsprechende Beschluss wurde bereits verteilt. Dieser sieht vor, dass der Landesgesetzentwurf Nr. 61/15 zuerst behandelt und in der Folge das Stabilitätsgesetz und der Haushaltsvoranschlag gemeinsam behandelt werden. Gestern wurde im Rahmen einer Sitzung des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden einstimmig vereinbart, die Generaldebatte aller drei Gesetzentwürfe gemeinsam abzuhalten. Die Redezeit jedes Abgeordneten beträgt eine Stunde. Änderungsanträge können in Abweichung von Artikel 97-bis Absatz 1 der Geschäftsordnung bis zum Abschluss der gemeinsam abgehaltenen Generaldebatte eingebracht werden. Nach der Replik der Landesregierung zu allen drei Gesetzentwürfen werden die Tagesordnungen zu allen drei Gesetzentwürfen in der entsprechenden Reihenfolge behandelt. Danach wird über den Übergang zur Artikeldebatte des Landesgesetzentwurfes Nr. 61/15 abgestimmt. Es folgen die Artikeldebatte über denselben, Stimmabgabeerklärungen und Schlussabstimmung. In der Folge wird über den Übergang zur Artikeldebatte der Gesetzentwürfe Nr. 62/15 und Nr. 63/15 abgestimmt und folgendermaßen fortgefahren: Artikeldebatte zum Landesgesetzentwurf Nr. 62/15, Artikeldebatte zum Landesgesetzentwurf Nr. 63/15, Stimmabgabeerklärung zu beiden Gesetzentwürfen, getrennte Schlussabstimmung über beide Gesetzentwürfe.

Ich eröffne nun die Generaldebatte zu allen drei Landesgesetzentwürfen.
Wer möchte das Wort? Herr Abgeordneter Blaas, bitte.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Nachdem der Landeshauptmann seine Lorbeeren mit seiner Rede medial schon abgeholt hat, erlaube ich mir, diese doch etwas zurechtzurücken und in einigen Punkten auch zu zerpfücken.

Nach bester Renzi-Manier – unser Landeshauptmann lernt schnell von den Besten, die Optimismus versprühen und wissen, ihre Ware gut zu verkaufen – beginnt der Landeshauptmann auf Seite 1 des Berichtes folgendermaßen: *"Die Arbeitsmarktreform Job Acts hat auch in Südtirol ihre Wirkung nicht verfehlt."* Wir alle haben gesehen, dass die Auswirkungen der Reform Job Acts auf dem Arbeitsmarkt nicht unbedingt das Gelbe vom Ei sind. Es hat zwar mehr unbefristete Arbeitseinstellungen gegeben. Gleichzeitig haben wir aber auch vernommen, dass die Pflichteinstellungen gesunken sind. Vor allen Dingen wundert es mich, dass im Sanitätsbetrieb Leute schon mehr als zehn Jahre provisorisch angestellt sind. Das liegt eigentlich im Kompetenzbereich des Landes. 312 Personen sind seit zehn Jahren und mehr prekär angestellt. Diese Zustände sind einer Arbeitsstelle unwürdig. Wer von uns würde schon gerne zehn Jahre auf Probe arbeiten? Die betroffenen Beschäftigten sind einem ständigen Druck ausgesetzt, was nicht tolerierbar ist. Dieses Problem gibt es auch bei Menschen der sogenannten geschützten Kategorien, also Menschen mit Behinderung, die in der öffentlichen Hand noch nicht alle ihnen zustehenden Positionen besetzen können. Auch hier haben wir eine Verschlechterung festgestellt. Von der großartigen Arbeitsmarktreform Job Acts ist also wenig bis nichts auf unser Land übergeschwappt. Auch der Generationenpakt ist noch nicht umgesetzt worden, obwohl man im Wahlkampf stark damit geworben hat. Wenn man richtigerweise feststellt, dass es einen demographischen Wandel gibt, muss man auch sagen, dass die Menschen immer später in Pension gehen können. Auch hier sind wir verpflichtet, eine Lösung zu finden, damit diese Menschen nicht dem sogenannten Burnout-Syndrom anheim fallen. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, gleitend aus dem Arbeitsmarkt aussteigen zu können. Es wäre eine Win-Win-Situation, wenn ein älterer Arbeitnehmer ohne größere Einbußen aussteigen könnte und gleichzeitiger ein junger Arbeitnehmer die Chance hätte, diesen Arbeitsplatz zu ergattern.

Auf Seite 2 des Berichtes schreibt der Landeshauptmann: *"Ein wichtiger Eckpfeiler für den Ausbau unserer Autonomie ist das im Dezember 2014 geschlossene Finanzabkommen mit Rom, unter Einbeziehung der Schutzmacht Österreich."* Das ist eine von Ihnen wiederholte Floskel, die ich so sicher nicht mittrage. Was ich vermisse, ist der von Ihnen im Vorfeld häufig genutzte Terminus "Vollautonomie". Von Vollautonomie redet keiner mehr; es wird höchstens noch vom Schutz und von der Verteidigung der Autonomie gesprochen, so als ob man permanent im Kampf oder Krieg wäre. Das ist schon bedenklich.

Auf Seite 3 machen Sie einen Vergleich mit Sizilien, das dieselbe Rechtsposition wie wir inne hat. Die Rechtsposition mag dieselbe sein, aber bei der Steuerrückführquote war uns Sizilien schon immer ein Stück voraus. Wenn Sie Südtirol mit Sizilien vergleichen, dann vergleichen Sie Äpfel mit Birnen.

Ein weiterer Punkt ist die Europaregion Tirol, die Sie versuchen, immer in ein schönes Licht zu rücken. Wenn es ein Treffen gibt, dann ist immer ein landesüblicher Empfang angesagt, bei dem alle feuchte Augen haben und mit der Hand auf dem Herzen Tirol-Treue schwören und Verbundenheit zeigen. Kaum ist dieser Akt beendet, dann sieht man schon, dass die Landeshauptleute am Nachmittag nicht mehr anwesend sind und man nicht einmal imstande ist, eine gemeinsame Landeshymne zu verabschieden.

Weiters schreiben Sie: *"Wenn wir heute mit dem SüdtirolPass per Eisenbahn nach Innsbruck fahren können, ..."*. Wir können im Norden bis Innsbruck und im Süden bis Trient fahren. Nordtirol endet nicht in Innsbruck, sondern in Kufstein um im Trentino geht es nach Trient auch noch ein Stück weiter südlich. Wenn man das schon als positiven Schritt herausstreicht, dann sollte man Bestrebungen in diese Richtung setzen.

Wenn Sie schreiben, dass man bei der Diskussion im Gesundheitswesen oder bei den Mahnwachen und Fackelumzügen den Eindruck gewinnen könne, hiezulande sei der absolute Notstand ausgebrochen, so muss ich Ihnen sagen, dass das nicht ein Eindruck ist, sondern die Realität. Es ist ein Notstand ausgebrochen! Tagtäglich wird eine neue Thematik im Gesundheitsbereich aufgeworfen: Sind die Turnusse gedeckt? Was sagen die Hausärzte? Gibt es Streiks? Werden Geburtenabteilungen geschlossen? Hier ist eine Salami-Taktik im Gange, wobei Sie nicht allzu viel dazu beitragen, die Leute zu beruhigen. Wenn die Leute diesen Eindruck haben, dann nicht deshalb, weil sie plötzlich aufmüppig geworden sind. Im Gegenteil, mir scheinen die Leute in dieser angespannten Situation noch viel zu ruhig zu sein. Es ist notwendig, endlich Klarheit zu schaffen. Es kann doch nicht sein, dass Generaldirektor Schael die Schließung einer Geburtenstation mit 1. Jänner als beschlossene Sache hinstellt und ein Senator aus Rom dem heftig widerspricht. Wem soll man da noch glauben? Dem Fachmann oder dem Politi-

ker? Sie und Ihre Landesrätin müssen endlich Klartext reden! Das erwarten sich die Leute vor Ort und das trägt auch dazu bei, um die Politik wieder glaubwürdig zu machen. Ich bin nicht froh darüber, wenn Leute demonstrieren, denn das ist auch für uns nicht unbedingt angenehm. Es schaut dann immer so aus, als ob die gesamte Politik daran schuld wäre, und das kann es einfach nicht sein.

Sie bringen die Arbeitnehmerschaft in Ihrem Bericht immer mit Sozialem und Familienpolitik in Verbindung. Ich muss Ihnen sagen, dass der Mittelstand zu wenig berücksichtigt wird. Der Mittelstand ist jener Stand, der bei den Förderungen und Beiträgen stets oder häufig durch den Rost fällt. Bei den Entlastungen kommt er aber stets zu kurz. Mit 28.000 Euro der sogenannten No tax area in Bezug auf den regionalen IRPEF-Zuschlag haben Sie zwar einen Schritt gesetzt, aber das ist uns zu wenig. Wenn Sie die Arbeitnehmerschaft und den Mittelstand im selben Atemzug entlasten würden wie die Wirtschaft, dann würden Sie meine volle Zustimmung erhalten. Sie sind aus meiner Sicht zu wirtschaftslastig und kommen den Wünschen der Wirtschaft zu gerne nach. Es sind durchaus Wünsche, die berechtigt sind, aber warum fahren Sie immer dieselbe Schiene? Das sieht man auch im Wohnbau. Ich bin froh, dass die sogenannten Herausforderer endlich einen Gesetzestext eingebracht haben, der ganz im Sinne unserer Politik ist. Der zuständige Landesrat, der mehr als säumig ist, wird endlich aufgefordert, aus seinem Tiefschlaf zu erwachen und zu handeln. Daher gehen mein Dank und meine volle Solidarität an die genannten Kollegen. Wenn Sie sagen, dass Unternehmerinnen und Unternehmern mehr in der Tasche bleiben sollte, dann ist das in Ordnung. Wichtiger wäre es aber, wenn den Bürgern und Familien mehr in der Tasche bleiben würde. Die UnternehmerInnen hätten sie nicht extra erwähnen müssen, denn diese sind auch Bürger. Wenn Sie von Betrieben gesprochen hätten, dann hätte ich das noch hinnehmen können.

In Bezug auf die Flüchtlinge schreiben Sie: "*Angst - das erlaube ich mir zu sagen – ist aber grundsätzlich ein schlechter Ratgeber.*" Ich kann Ihnen sagen, dass Angst ein guter Ratgeber ist, denn ohne Angst wäre die Menschheit schon längst ausgestorben. Angst braucht es zum Überleben. Wer Angst hat, der hat eine gewisse erste Barriere. Angst motiviert und ist der Faktor, der uns in der Entwicklung weitergebracht hat. Es braucht Angst, um Gefahren zu erkennen, Situationen blitzschnell zu analysieren und im Zweifelsfall lieber wegzurennen, als den Helden zu spielen und sein Leben zu riskieren.

Was das Ehrenamt anbelangt, sind Ihre Intentionen durchaus in Ordnung. Allerdings ist das Handeln der Landesregierung in dieser Angelegenheit nicht immer kohärent. Wenn wir sehen, wie es der Feuerwehr Waidbruck ergangen ist und mit welcher Züchtigung eine ganze Wehr über mehrere Monate hinweg unsicher war ... Man fordert von dieser Feuerwehr trotz genehmigten Haushaltes heute mehr Auflagen als von jeder anderen Wehr. Dass sich die oberste Feuerwehr-Präsidenschaft nicht traut, gegen diese Beschlüsse aufzutreten, macht mich nachdenklich und festigt in mir den Eindruck, dass immer noch der Gehorsam vor den agierenden Personen herrscht.

Was das Breitband anbelangt, schreibt der Landeshauptmann: "*Nicht zuletzt ist es notwendig, Südtirol nach innen und nach außen zu vernetzen.*" Da wird Ihnen sicher niemand widersprechen. Sie haben mehrere Anläufe unternommen, um Südtirol endlich zu vernetzen. Es gibt die ominöse Aktion der zuständigen Landesrätin "Südtirol vernetzen". Da wird etwas propagiert, was es noch nicht gibt. Zudem stelle ich fest, dass mit dem Friedensabschluss zwischen Brennercom und Landesregierung die Herren, die das Land ursprünglich aus der Gesellschaft geworfen haben, das erreicht haben, was sie erreichen wollten. Sie haben erreicht, dass das Land das Netz zurückgenommen hat, das für die geschäftlichen Interessen nicht unbedingt das Gelbe vom Ei ist. Den lukrativen geschäftlichen Teil der Brennercom reißen sie sich aber unter den Nagel. Wenn man die Zeitung liest, dann sieht man, wie Sie jetzt plötzlich wieder der Liebling eines bestimmten Blattes sind, während Sie vorher manchmal als der größte Dummkopf des Landes dargestellt worden sind. Ich bin ja auch ein Opfer der Medien in Südtirol. Deshalb kann ich ein bestimmtes Mitgefühl mit Ihnen haben. Ich erwarte mir, dass die Breitbandgeschichte endlich zu einem Abschluss kommt. Es wurden mehrere Anläufe gemacht und derzeit sind auch parallele Netze im Gang. Ich weiß nicht, in welcher Gesellschaft Sie diese dann unterbringen wollen.

Auf Seite 12 des Berichtes schreiben Sie über die Brennerautobahn, Schadstoffbelastungen, Umweltmaßnahmen usw. Als wir vor nicht allzu langer Zeit einen Beschlussantrag in Zusammenhang mit den VW-Schadenersatzforderungen bezüglich des Schwindeln mit den Abgaswerten behandelt haben wir gesagt, dass uns die Umweltbelastung längs der Autobahnroute am Herzen liegt. Während der Zeit der Weihnachtsmärkte hört man selten bis wenig von Schadstoffbelastungen, Stickstoffausstoßen usw. Diese Diskussion tritt regelmäßig ein, zwei Wochen später und im Jänner wieder zu Tage. Auch dieses Mal war die Wetterlage nicht so, dass es Wind oder Niederschläge gegeben hätte, die die Belastungen reduziert hätten. Wenn es der Wirtschaft zu nahe kommt, dann schaut man gerne darüber hinweg, während man das Thema in ruhigeren Zeiten wieder anschneiden kann. Im Bericht steht, dass der Maßnahmenkatalog zur Reduktion der Stickstoffemissionen entlang der A22 der Umwelt

und den Anrainern zugute kommen würde. Ja, aber die Bemühungen sind zweischneidig. Auf der einen Seite möchte man Tempolimits einführen und den Verkehr verlangsamen, auf der anderen Seite tut man so, als ob ein Betrug – nichts anderes ist der Abgasskandal bei VW – einfach hinzunehmen wäre. Andere Länder und Staaten haben die Hände gleich nach vorne gestreckt und ihre Rechtsvertreter eingeschaltet.

Auf Seite 13 des Berichtes kommen Sie dann zum Flughafen. Sie schreiben: "*Das Jahr 2016 kann dem Flughafen Bozen eine neue Chance geben.*" Die wievielte Chance, ist die Frage? Außerdem sagen Sie in aller Deutlichkeit, dass das für Sie keine politische Vertrauensfrage sei, da es sich um ein Angebot an die Bevölkerung handle. Es seien die Bürgerinnen und Bürger, die befragt werden, ob sie diese Linie teilen oder nicht. Das nehme ich zur Kenntnis. Als Sie damals im Zuge des Rentenskandals anlässlich einer Haushaltsdebatte die Vertrauensfrage gestellt haben, haben Sie die Messlatte ziemlich hoch gelegt. Das ist natürlich Ihre persönliche Bewertung. Ich möchte Sie aber schon darauf hinweisen, dass Sie sich als Verfechter bzw. Befürworter des Flughafens nicht aus der Situation stehlen können. Das wird Ihnen sicher nicht gelingen, aber das ist mehr ein Ratschlag als eine Drohung oder eine Schwarzmalerei.

Wohlstand und Beschäftigung, und da komme ich wieder auf den Mittelstand zurück, denn hier haben Sie eindeutig zu wenig geliefert. Sie schreiben, dass es für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft beachtliche Steuererleichterungen gegeben habe. Das stimmt, und das nehmen wir zur Kenntnis. Allerdings muss ich Ihnen sagen, dass die Waage nicht im Gleichgewicht ist, denn auf der anderen Seite des "piatto" fehlt mir eine gewisse Entlastung bzw. Förderung des Mittelstandes und der Arbeitnehmerschaft.

Was den ländlichen Raum anbelangt, schreiben Sie, dass Sie diese Politik weiterführen möchten. Ich muss Ihnen sagen, dass es verschiedene Szenarien gegeben hat, die in eine völlig andere Richtung weisen. Ich erinnere nur an den Transport der Kindergartenkinder für die Gemeinden oder an den Camping-Urlaub am Bauernhof. Hier hätte der Südtiroler Landtag die Möglichkeit gehabt, den ländlichen Raum aufzuwerten, aber diese Chance wurde nicht genutzt.

Sie schreiben auch von den positiven Auswirkungen des Vergabegesetzes, und da gebe ich Ihnen Recht. Dem haben wir auch zugestimmt. Wir haben alle die große Hoffnung, dass das eine gute Lösung für die Zukunft sein wird.

Mit der Passage auf Seite 17 des Berichtes kann ich hingegen nicht einverstanden sein. Es geht um die Gemeindenfinanzierung. Wir haben festgestellt, dass die Abschaffung des Rotationsfonds Schwierigkeiten mit sich bringen wird. Im Juli noch hat man den Gemeinden gesagt, dass sie den Rotationsfonds beanspruchen sollen, und jetzt werden die Spielregeln geändert, ohne konkrete Abfederungsmaßnahmen miteinzuplanen. Da läuft etwas schief. Es gibt Möglichkeiten, das noch in Ordnung zu bringen, und ich hoffe, dass es dazu kommen wird. Sonst bringen Sie einige Gemeinden in Schwierigkeiten. Wir sehen da auch wieder die Hörigkeit des Rates der Gemeinden, der nicht laut protestiert und an die Öffentlichkeit geht, wie es sonst bei Verbänden usw. Usus ist. Es brodelt unter vorgehaltener Hand und man weiß, dass einige Gemeinden unzufrieden sind. Natürlich gibt es auch Gewinner, aber die Verlierer stehen mit dem brennenden Zündholz in der Hand und wissen nicht weiter. Nehmen wir das Beispiel der Gemeinde Gais her. Dort ist es so, dass im Haushalt Geld fehlen wird. Im Übrigen wird diese Gemeinde auch noch dafür bestraft, dass sie ein Projekt finanziert hat, das eigentlich mit Landesgeldern finanziert hätte werden sollen. Ich fordere Sie auf, diese schwerwiegenden Fälle abzufedern und eine Lösung zu finden, damit jene Gemeinden, die sich des Rotationsfonds bedient haben, nicht plötzlich in der Luft stehen.

Auf Seite 18 des Berichtes widmen Sie sich auch dem sogenannten SEL-Skandal, der Heimholung der Energie usw. Sie schreiben, dass man Mittel und Wege gefunden habe, um den Strom heimzuholen. Ja, aber das hätte man besser und vor allen Dingen billiger haben können. Ich verweise aber schon auf die Streitigkeiten der SEL und den Stadtwerken Brixen. Das scheint ein Schattenkampf zwischen zwei öffentlichen Betrieben zu sein, mit dem einige Rechtsanwälte gutes Geld verdient haben. Man will die Rechtsansprüche aber nicht bis aufs Letzte geltend machen. Zwar hat man eine Schadenersatzsumme von 700 Millionen gestellt, aber das, was man schlussendlich erhalten hat, ist eindeutig zu wenig. Da muss ich als Brixner sagen, dass ich den Eindruck habe, dass eine öffentliche Gesellschaft der anderen zuvorgekommen ist. Vielleicht wird das irgendwann einmal durch eine Gefälligkeit oder durch eine Personalentscheidung kompensiert. Ich weiß, dass das eine Unterstellung ist, aber das ist meine Meinung.

In Bezug auf den Namen, den Sie der neuen Stromgesellschaft gegeben haben, muss ich Sie sagen, dass dieser nicht unbedingt sehr phantasievoll ist. Alperia erinnert mich eher an eine Schokolade mit Haselnüssen oder an eine Süßigkeit als an eine Stromgesellschaft. Es wäre sinnvoll, wenn wir uns ein bisschen mehr auf unsere Sprache konzentrieren würden. Alperia, Aquarena, Aquadome usw. sind Namen, mit denen wir Südtiroler nicht allzu viel anfangen können. Sie schreiben auch, dass jetzt Ruhe eingekehrt sei und man sich geeinigt habe. Geei-

nigt hat man sich nur mit den Eisackwerken, die das erhalten haben, was sie sich schon immer gewünscht haben. Sollte jemand den europäischen Rechtsweg oder die Wettbewerbsbehörde kontaktieren, dann hätten Sie große Probleme. Wenn eine Ausschreibung nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde, dann nutzt es nichts, den Zweitgereihten vorzuziehen. Die einzige saubere Möglichkeit wäre eine Neuausschreibung gewesen. Sie haben sich für diesen Weg entschieden, der zugegebenermaßen schneller zum Erfolg führt, aber Rechtssicherheit ist damit sicher nicht gegeben.

Was die Tarifpolitik anbelangt, schreiben Sie von verbilligtem Strom. Ich habe die Hoffnung auf verbilligten Strom aufgegeben. Zum einen sind es die staatlichen Vorgaben, an die wir uns zu halten haben, vor allen Dingen aber sind es die Verbindlichkeiten, die die SEL oder Alperia tragen müssen. Da geht es um hunderte Millionen von Euro.

Ich belasse es hiermit und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Gegebenenfalls werde ich mich noch einmal zu Wort melden.

STEGER (SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Wir haben uns in der Fraktionssprechersitzung darauf geeinigt, die Generaldebatten zusammenzuführen und eine halbe Stunde Redezeit vereinbart

PRÄSIDENT: Der Kollege Pöder hat diesen Vorschlag gemacht, wobei ich darauf hingewiesen habe, dass die Redezeit laut Geschäftsordnung eine Stunde beträgt. Wir können aber darüber abstimmen. Für mich geht eine halbe Stunde absolut in Ordnung.

Bitte, Kollege Urzi.

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Siccome credo siamo tutti d'accordo, credo che ciascuno si possa comportare di conseguenza rispettando il tempo dei 30 minuti pur non essendo vincolante. Il collega Blaas, per esempio, è stato perfetto!

PRÄSIDENT: Ich nehme das zur Kenntnis und wir versuchen, uns nach Gentlemen Agreement auf eine halbe Stunde Redezeit zu beschränken. Danke!

Kollege Pöder, bitte.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Das wäre fast wie ein vorgezogenes Weihnachtsfest. Die Opposition beantragt eine halbe Stunde Redezeit, der Präsident schenkt uns eine halbe Stunde dazu. Franz Beckbauer würde sagen: "Ja ist denn heut' schon Weihnachten?" Ich wollte ursprünglich eigentlich sagen, dass es unfair ist, dass sich nur der Landeshauptmann und sein Stellvertreter Richard Theiner die Schelte der Opposition abholen müssen - jetzt sind immerhin doch drei weitere Landesräte hinzugekommen -, denn die anderen sind auch mit dabei und sollten sich anhören, was wir hier zu summen haben.

Ich glaube, dass der Landeshaushalt zwar der umfangreichste, gleichzeitig aber auch der ängstlichste und sklavischerste Haushalt ist. Das, was wir als buchhalterische Harmonisierung bezeichnen, ist nichts anderes als eine Einengung bzw. eine Kontrolle. Der Staat übt seine Kontrolle bei den Regionen bis hinunter zu den Gemeinden aus, aber bei sich selber kontrolliert er nicht so genau. Es wird ein enges Korsett angelegt, das uns nach außen hin zwar ein bisschen aufplustert, aber nach innen sehr enge Grenzen setzt. Das zeigt, dass wir uns auch haushaltspolitisch einem Diktat des Staates unterordnen müssen, was man nicht als sinnvoll verkaufen kann. Im Prinzip ist es das Ende der Finanzautonomie, wenn wir uns in ein solch enges Kontrollsystem zwingen lassen müssen. Aber das entspricht der neuen Politik dieses Staates, dem Ihr im Übrigen immer wieder zustimmt. Gerade erst am Sonntag hat die Reformenministerin Boschi bei der Leopolda in Florenz erklärt, dass die Regionen immer noch zu viel Macht und immer noch zu viel zu sagen hätten. Es wird fest daran gearbeitet, mit Unterstützung der Südtiroler Volkspartei, das zu ändern und die Zuständigkeiten der Regionen wieder in die Zentrale zu bringen, damit man diese "dummen" Regionen endlich entmachten kann. Das ist das neue Denken, dem Ihr Euch unterordnet! Der sogenannte "tavolo di confronto" Land/Staat ist ein Rapport-Tisch. Das ist so, als würde der vielleicht unartige Schüler zum Direktor gerufen und nicht eine Konfrontation auf Augenhöhe.

Dieser Haushalt und die Haushaltsrede des Landeshauptmannes sind unambitioniert. Ich habe es schon gesagt. Da ist viel Statistik, aber wenig Seele enthalten. Mir fehlt auch jeglicher Hinweis darauf, wie wir aus dieser Abwehrhaltung und Defensive wieder herauskommen. Wie schalten wir in den Angriffsmodus? Ich verwende bewusst diese martialischen Ausdrücke, weil das Ringen um die Autonomie ein täglicher Kampf ist - das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, denn das wissen Sie -, bei dem wir leider ständig auf dem Rückzug sind.

Wohin soll sich Südtirol im Rahmen der Europaregion Tirol entwickeln? Sie nehmen das Wort "Europaregion Tirol" nicht in den Mund, sondern sprechen immer von "Europaregion", Herr Landeshauptmann. Im Zweifel sagen Sie Euregio oder Europaregion Tirol/Südtirol/Trentino, aber irgendwann einmal wäre es schon Zeit, den Gesamtbegriff "Europaregion Tirol" zu verwenden. Wie kann Südtirol autonomiepolitisch wieder aus Verteidigungshaltung herauskommen? Wann wird sich das Gerechtigkeitsgefälle zwischen den öffentlich Bediensteten und den privat Angestellten beheben? Wie werden die deutschen und ladinischen Wurzeln, auf denen Südtirols Autonomie basiert, gestärkt und erhalten? Welche christlich humanistischen Werte betrachtet der Landeshauptmann als erhaltenswert? Das würde mich schon auch interessieren, nachdem das ja angesprochen wurde. Welches sind die konkreten Linien der Sanitätsreform? Nach zwei Jahren Diskussion wäre es doch einmal angebracht, Butter bei die Fische zu geben und zu sagen, wohin es geht. Solange hat nicht einmal Landesrat Theiner gebraucht. Wir sollten schon wissen, woran wir sind und nicht immer wieder von Reformen von Reformen sprechen, und letztlich unterm Strich kommt dann doch wieder nichts heraus. Man liest und hört viel, aber es wird nichts Konkretes geliefert. Die Raumordnungsreform kommt, aber wie? Wird mehr Grund gespart, wird mehr verbraucht werden? Es wäre schon richtig und wichtig, das einmal grundsätzlich zu sagen. Die Wasserkraft ist zum x-ten Mal endlich in Südtiroler Hand, aber wann und wie die Familien davon profitieren, haben wir noch nicht gehört. Das mit der Stromhochzeit zwischen SEL und Etschwerke ... Alperia ist schon ein lustiger Name. Man könnte darüber diskutieren, aber bei diesen neuen Namen wird immer darauf geachtet, dass wir ja unsere italienischen Mitbürger nicht ausschließen. Dieser Namen ist esperantomäßig. Es kann ja sein, dass das dann eingängig ist. Ich stand auch der Dachmarke kritisch gegenüber, die sich aber bewährt hat. Den Schriftzug könnte man zwar anpassen, aber Alperia ... Nun gut, ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass der Gemeinderat von Meran noch einmal abstimmen muss. Da hat jetzt auch der Grüne Bürgermeister Rösch klein beigegeben, der sich heute in RAI Südtirol eine halbe Stunde für das rechtfertigen durfte, was er getan hat und was nicht. Das sind ja nordkoreanische Zustände! Nebenbei hat er gesagt, dass die Parteien alles blockieren würden und es denen nur um Posten gehen würde. Ich weiß nicht, ob sich die Grünen da angesprochen fühlen, denn sie sind ja auch eine Partei. Wie gesagt, ich bin davon überzeugt, dass es ohne Zustimmung nicht gehen wird. Wenn ein Meraner Bürger einen Rekurs einreicht, dann kann das zu Fall kommen. In Bozen gibt es aufgrund der wunderbaren Zusammenarbeit, der eingetragenen Lebenspartnerschaft SVP-PD, keinen Gemeinderat, weshalb auch kein Gemeinderat darüber abstimmen kann. Im Übrigen bin ich nicht der Meinung, dass die Meraner und Bozner hier einen guten Deal machen, denn sie bringen das Juwel Etschwerke in die latrige Fassung SEL mit ein, um die SEL zu retten. So einfach ist es im Prinzip. Es ist schade, dass man sich so ausverkaufen lässt, aber das haben auch die Mehrheitsparteien zu verantworten.

In Sachen Südtirol-Politik halte ich Eure Politik, wie gesagt, für weichgespült. Wir müssen Rom und dem Rest des Staates wieder klarer machen, dass wir diesem Staat gar nichts schuldig sind. Wir dürfen uns nicht für diesen Staat verantwortlich fühlen. Da hat es bei Euch einen Paradigmenwechsel gegeben. Ich verstehe nicht warum. Ist das generationsbedingt? Wir müssen Rom klar machen, dass die Autonomie nicht das großzügigste Geschenk ist, das wir erhalten konnten. Die Autonomie ist das Mindeste, was uns zusteht. Wir sind gegen unseren Willen bei diesem Staat. Ich glaube, dass es absolut nicht gerechtfertigt ist, dass wir uns dafür bedanken, dass wir diese großzügige Autonomie haben. Die Autonomie wurde hart erkämpft und ist, wie gesagt, das Mindeste, was uns zusteht.

Wenn ich auf Ihre Rede eingehen darf, so haben Sie vom Vernetzen Südtirols gesprochen. Das klingt ja ganz gut, aber so klein und so unbedeutend wir geopolitisch sind, so sollte Südtirols Politik darauf ausgerichtet sein, dass wir nicht Teil eines Netzwerkes, sondern ein hervorgehobener Knotenpunkt eines Netzwerkes sind. Ich kann auch nicht ganz das Argument der Brückenfunktion teilen, denn auf einer Brücke trampelt man herum. Wir sind ein Knotenpunkt am Schnittpunkt Nord und Süd, aber auch der Sprachen. Reine Vernetzung ist mir etwas zu wenig; die Vorhebung als Knotenpunkt wäre ein Ziel.

In Sachen Familienpolitik fehlt mir der Hinweis auf die Südtiroler Familien enorm wichtige Antwort auf die Frage, wie Eltern berufs-, einkommens- und rentenmäßig abgesichert sind, wenn sie ihre Kinder in den ersten Lebensjahren zu Haus erziehen wollen. Diese Frage stellen Sie sich nicht einmal, geschweigedenn dass Sie sie beantworten würden. Es fehlt jeglicher Ansatz, wie man die Ungerechtigkeit und Ungleichbehandlung zwischen Privatangestellten und selbstständigen Müttern und Vätern und den öffentlich Bediensteten beheben soll. Mir fehlt jeglicher Hinweis auf diese Problematik.

Ich weiß, dass es nervig ist, wenn man darauf hingewiesen wird, was man alles nicht gesagt hat oder nicht getan hat. Die Haushaltsrede des Landeshauptmannes ist eine programmatische Rede, und da zählt eben auch, was nicht gesagt wird. Nicht ein einziges Mal erwähnt haben Sie den Autonomiekonvent. Zum Glück, könnte ich

sagen, da ich ihn sowieso für unmöglich halte. Der Autonomiekonvent war ein Hauptprojekt Ihrer Amtszeit. Er wird aber nicht erwähnt und ist aus dem öffentlichen Interesse weggewischt. Der Autonomiekonvent soll im kommenden Jahr in die Gänge kommen, der im Übrigen nur von Ihnen und der eingetragenen Lebenspartnerschaft PD im Landtag beschlossen wurde. Er spielt in der programmatischen Rede des Landeshauptmannes keine Rolle. Es wäre interessant, zu wissen, ob der Autonomiekonvent Geschichte ist. Ich habe einen Tagesordnungsantrag eingereicht, um zu erreichen, dass man ihn aussetzt. Wenn man ihn über Bord wirft, dann sollte man das auch sagen. Nachdem er nicht angesprochen wurde, gehe ich davon aus, dass er nicht mehr im zentralen Interesse der Politik der Landesregierung steht.

Das Wort "Heimat" kommt in Ihrer Rede nur einmal vor. Das wäre ja nicht so schlimm, wenn sonst alles auf die Stärkung des Wertes Heimat ausgerichtet wäre. Das fast gänzliche Fehlen dieses Begriffes zeigt schon ein bisschen symptomatisch die Heimatfeindlichkeit dieser neuen, eher linksliberalen Ausrichtung und der neuen SVP-Führung. Der Begriff "einheimisch" fehlt auch gänzlich, und anscheinend gehört dieser nicht zur Ihrem Wortschatz. Ich glaube aber schon, dass man als gewählter Volksvertreter Südtirols in erster Linie für die Einheimischen Politik machen sollte. Die Politik der Landesregierung und der SVP kommt doch auf linksliberalen Socken daher.

Auch die Jugend wird nur ein einziges Mal erwähnt, und zwar in Zusammenhang mit dem Flugplatz. Das ist wirklich köstlich. Der Flugplatz wird als Chance für die Jugend gesehen. Für welche Chance, Herr Landeshauptmann? Um wegzufiegen, um abzuhausen und sich anderswo Perspektiven zu suchen?

Das Wort "Frau" kommt in der Haushaltsrede des Landeshauptmannes ebenfalls nicht vor. Dass die Frauen in Ihrer Partei nicht immer mit am Tisch sitzen dürfen, haben wir schon gemerkt, unter anderem bei der Sommerpressekonferenz, bei der Gründung der IDM usw. Ich bin wahrlich kein Quotenverfechter, aber dass die Frauen in der Politik eine wesentliche Rolle spielen, sollte man in einer programmatischen Rede schon ab und an unterstreichen.

Immerhin drei Mal kommt das Wort "Familie" vor, allerdings nur so nebenbei, ohne dass darauf eingegangen würde, wie die Familien wirklich gestärkt werden sollen. Auch drei Mal kommen die Flüchtlinge vor. Diese Gewichtung ist symptomatisch für die Politik dieser Landesregierung.

Sie haben auch die Datenautobahn bzw. das Internet als Autobahn des 21. Jahrhunderts angesprochen. Sie wissen aber schon, dass diese Autobahn in Südtirol bisweilen noch eine sehr holprige Straße ist, mit vielen Unterbrechungen. Zwar erklären Sie uns gemeinsam mit Ihrer Landesrätin Deeg in Hochglanzbroschüren "Wir vernetzen Südtirol." Ich würde eher "Wir versetzen Südtirol" sagen, wenn man sich die Ergebnisse in den letzten 1 ½ bis 2 Jahren anschaut. Es gibt leider Gottes immer noch Teile Südtirols, die im kommunikationspolitischen Mittelalter sind und schneller mit der Postkutsche unterwegs sind als mit dem Internet. Es handelt sich nicht um eine Straße, sondern um einen besseren Forstweg, um es einmal klar zu sagen.

Dann beklagen Sie sich über die steigende Zahl von Kindern mit Lernschwierigkeiten. Haben Sie sich nie gefragt, warum das so ist, ob das nicht Ihrer Familienpolitik entspringt, da man immer mehr dahin geht, die Kindererziehung und -betreuung aus der Familie auszulagern? Haben Sie sich nie gefragt, warum wir diese Problematik haben?

Zur Flüchtlingspolitik haben Sie, Herr Landeshauptmann, eine Aussage getroffen, die auch wieder eine Plattitüde ist: "*Angst ist ein schlechter Ratgeber.*" Ich behaupte das Gegenteil, da ich glaube, dass Blindheit ein schlechter Ratgeber ist. Wer Angst vor etwas hat, der passt auf, wohin er geht, aber wer blind ist und die Augen verschließt, der stolpert. Das kann ich Ihnen garantieren und das ist die Problematik! Die Sorgen der Bevölkerung schützen einen davor, dass man irgendwo blind hineinstolpert, aber wenn man die Augen verschließt, dann wird man stolpern. Wer hingegen Angst hat, der passt auf. Wie gesagt, das ist eine Plattitüde, die ich im Übrigen noch ein bisschen ausdehnen möchte. Wenn wir gehört haben, dass irgendein Dschihadist in Südtirol mit einem Kollegen in Afghanistan telefoniert und gesagt hat: "Komm her, die sind so blöd und finanzieren uns das Leben", dann stimmt mit unserem System etwas nicht. Wenn wir dermaßen ausgenutzt werden und dazu auch noch ausgelacht werden, dann stimmt etwas nicht. Wenn eine Südtiroler Mutter mit einer österreichischen Mutter telefonieren würde, dann würde sie ihr nie raten, nach Südtirol zu kommen, denn für diese Mutter wäre das ein sozialer Abstieg. Wenn ein junger Südtiroler Akademiker mit einem Kollegen in Deutschland oder Österreich telefoniert, dann würde er sagen: "Komm nicht nach Südtirol, sondern bleib draußen, denn dort sind die Perspektiven doch etwas besser." So könnte man das endlos fortsetzen. Ich glaube ganz einfach, dass man in das zentrale Interesse stellen muss, für wen wir die Politik zu machen haben. Das sind in erster Linie schon die Südtirolerinnen und Südtiroler. Mit dem vorher genannten Telefonat ist das gesamte Scheitern des Südtiroler Sozialsystems in diesem Sinne zu erklären.

Ich komme noch einmal zur Wasserkraft. In der Energiepolitik hat man uns schon wieder versprochen, dass die Wasserkraft jetzt endlich in Südtiroler Hand sei. Der Kollege Leitner hat das wahrscheinlich noch öfter gehört als ich. Ich sehe nicht, dass das alles in trockenen Tüchern ist. Ich sehe es auch sehr skeptisch, was mit der SEL und mit den Etschwerken passiert, denn so einfach geht die Geschichte auch wieder nicht. Auch die Steuernachzahlungsgeschichte ... Na ja, ob das dann letztlich so halten wird, ist die Frage. Im Übrigen habe ich gehört, dass das Land dieses Geld vorstreckt. Stimmt das?

ABGEORDNETER: *(unterbricht)*

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Ich nehme das zur Kenntnis, aber das wurde mir so zuge-
tragen. Auf jeden Fall konnte ich es kaum glauben.

Um bei dieser halben Stunde zu bleiben, komme ich zum Schluss. Ich habe ja eine ganze Reihe von Änderungsanträgen eingebracht, die im Übrigen nicht dazu angetan sind, um die Arbeiten zu verlängern. Wir haben drei Gesetzentwürfe, wobei es nicht einfach ist, das alles jetzt schnell durchzuarbeiten und über die Bühne zu bringen. Viele von uns haben sich die Mühe gemacht und in der Eile Änderungsanträge eingebracht, weil doch sehr viel hineingepackt worden ist.

Ich möchte noch einmal kurz auf die Autonomiepolitik zu sprechen kommen. Wir haben hinlänglich über die Aussagen von Senator Francesco Palermo diskutiert. Eines ist klar: Die Verfassungsreform wird von Euch in Rom unterstützt, und das ist ein Fehler. Ihr hättet die Chance gehabt, mit der Autonomiegruppe die Mehrheit ins Wackeln zu bringen, wenn nicht gar zu Fall zu bringen. Karl Zeller hat der Verfassungsreform zugestimmt, vielleicht um Verfassungsrichter zu werden. Das munkelt und hört man. Man hat dieser Verfassungsreform zugestimmt, und das wird Südtirol als Hypothek zu tragen haben. Man müsste diese Entscheidung korrigieren. Wir werden irgendwann einmal vor der Problematik stehen, dass wir das Verfassungsreferendum abzuwickeln haben. Da sollte die Südtiroler Volkspartei zur Besinnung kommen, denn wir müssten geschlossen gegen diese Verfassungsreform stimmen. Ich hoffe, Ihr lasst Euch nicht dazu hinreißen, die Bevölkerung aufzurufen, mit Ja zu stimmen. Das wäre fatal und das Ende der Autonomie und der Südtirol-Politik! Damit würde die Bevölkerung selbst Rom sagen: "Wundervoll, wir sind für die zentralistische Verfassung, mit der die bösen Regionen abgestraft werden und alles nach Rom kommt." Das ist die letzte Chance, denn wenn ein paar hunderttausend Wähler in einer Region Nein sagen würden, dann würde das im Ergebnis schon einiges ausmachen. Da könnte zum Schluss sogar noch was passieren, nämlich, dass die Verfassungsreform nicht so einfach durchgeht, wie sich das manche denken und wünschen.

Ich wünsche mir von Ihnen mehr Mut und dass wir in der Südtirol-Politik vorangehen zu alter Stärke und nicht zurück zu neuer Schwäche.

PRÄSIDENT: Bevor ich dem Kollegen Dello Sbarba das Wort erteile, möchte ich die Landesberufsschule Gutenberg mit Professorin Seehauser begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Kollege Dello Sbarba, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Io suonerò un po' un'altra musica, anche perché non siamo vicini alle elezioni e citerò alla lettera tre frasi cruciali della relazione del Presidente Kompatscher per indicare dove sono d'accordo e dove invece ho una posizione critica, e spero che non se la prenda.

La prima frase che mi sembra importante è questa: *"Il bilancio 2016, con 5,4 miliardi di euro, è il più consistente nella storia della Provincia"*.

È un dato materiale incontestabile che dimostra che ha torto chi continua a dipingere il Sudtirolo come un "Land in Not". E dimostra l'efficacia della strategia di responsabilità ed autonomia nei rapporti con lo Stato, che noi Verdi abbiamo fin dall'inizio condiviso sostenendo ogni azione della Giunta provinciale, sia quella passata che quella presente, che fosse coerente con questa linea. Fare la nostra parte nel risanamento delle finanze pubbliche, ma farla a due condizioni: la stabilizzazione del nostro bilancio provinciale e l'acquisizione di nuove competenze. È la strategia che ha portato prima all'accordo di Milano e poi al "Patto di garanzia", atti certo perfezionabili, ma sufficienti a consentirci contemporaneamente di registrare il più alto bilancio della storia e l'acquisizione di ulteriori competenze. Quella ultima su cui mi vorrei soffermare è quella sul Parco dello Stelvio, a cui spero davvero che sapremo far onore. Su questo infatti abbiamo gli occhi addosso dell'intero mondo ambientalista non solo italiano ma europeo. Dobbiamo rispettare l'impegno che ci siamo presi a rilanciare il Parco dopo gli anni dell'abbandono statale, e a lavorare per mantenere tutele omogenee e unitarie per l'intero Parco, evitando lo spezzatino

delle regole. L'area del Parco è un'area ecologicamente unitaria: applicare regole differenziate dimostrerebbe solo che le ragioni dell'ambiente sono state sacrificate alle pressioni degli interessi particolari.

La Provincia di Bolzano deve invece assumersi – insieme alla Provincia di Trento - il ruolo di garante di un Parco trans-regionale, superando la definizione di “nazionale” - che per la sua storia ha avuto spesso un retroguisto discutibile – non verso lo spezzatino delle tutele, ma verso dimensioni più grandi, semmai trans-nazionali, da trans-regionali a trans-nazionali.

Il Parco dello Stelvio deve funzionare da perno centrale per la realizzazione del progetto che i movimenti ambientalisti hanno denominato PEACE, Parco Europeo delle Alpi Centrali, progetto poggiato sull'intuizione visionaria lanciata alla fine degli anni '80 nel Parlamento europeo da Alexander Langer. Il progetto comprende due parchi nazionali, Stelvio e Engadina, i cinque parchi regionali, Adamello-Brenta, Adamello Lombardo, Orobie Valtellinesi, Orobie bergamasche, Parco del Garda, e due riserve Unesco della biosfera, Engadina e Alpi di Ledro in Trentino, per un totale di 415.000 ettari. Al di là ci sono le aree protette dell'Austria e della Germania a cui il discorso può e deve allargarsi. Ma sarà la Provincia di Bolzano, se vuole, ad essere il cuore pulsante di questa visione.

Torno all'argomento bilancio. Con il patto di Milano e quello successivo “di garanzia” ci siamo fatti carico anche del contributo al risanamento dei conti pubblici statali. E' stata una scelta giusta, che anche verso i nostri interlocutori ci ha dato credibilità. Non abbiamo pensato solo “agli affari nostri” come spesso ci rimproverano sbagliando. Abbiamo fatto un'offerta anche al resto della Repubblica. Abbiamo onestamente ammesso che anche noi abbiamo contribuito – anche se in piccola parte – alla formazione del debito pubblico, soprattutto nei 20 anni per noi dorati tra il 1989 e il 2009, in cui abbiamo goduto di regole finanziarie certamente vantaggiose. Abbiamo compreso per primi noi stessi che l'autonomia del Sudtirolo non poteva fiorire nell'ambito di una Repubblica che andava a rotoli e che dunque il risanamento era anche nel nostro interesse. Non abbiamo fatto la politica del: “tanto peggio, tanto meglio per noi”.

Dico questo per introdurre una considerazione invece critica sulla parte del discorso del Presidente Kompasscher sulla riforma costituzionale. Quella riforma è centralista, ha detto il Presidente. D'accordo. Sull'efficacia della “clausola di salvaguardia”, che dovrebbe proteggerci da questa svolta centralista si può avere qualche dubbio. Ma soprattutto, vale anche su questo il ragionamento fatto prima sulle finanze: non si può mettere al sicuro l'autonomia del Sudtirolo in un'Italia che svolta verso il centralismo. Qui vedo una contraddizione. La clausola di salvaguardia sulla modifica del nostro Statuto ci dovrebbe proteggere dal centralismo, ma la via maestra è contrastare alla radice questo centralismo, respingerlo al mittente, e questo non solo per la nostra autonomia ma per l'autonomia di tutte le regioni italiane comprese le province autonome.

L'occasione ce l'abbiamo, perché al massimo nel settembre-ottobre 2016 si terrà in Italia il referendum costituzionale per confermare o respingere la riforma centralista. Noi Verdi voteremo no, per respingerla. Se il referendum la respingesse, tutto il castello centralista crollerebbe. Non capisco come chi crede nell'autonomia potrà votare sì a quella riforma centralista, perché contiene la clausola di salvaguardia? Ma è razionale chi, potendo eliminare la malattia, si rassegna invece di vivere a vita con il farmaco? Oppure perché Vienna darà il suo accordo come mi pare il presidente abbia detto nella sua relazione? Per favore, non scarichiamo la responsabilità sulla nostra “potenza tutrice”. Sappiamo benissimo che Vienna dirà di sì solo se da Bolzano arriverà il via libera. O voterete sì alla riforma Costituzionale per mantenere un patto politico col governo Renzi? Sia chiaro, non sottovaluto l'esigenza di avere buoni rapporti con Roma. E tuttavia dovremmo far capire a Renzi che ci sono cose, come l'alternativa tra centralismo e autonomia, che non sono negoziabili, non possono far parte di una trattativa per esempio sulle finanze. Se il Sudtirolo e il Trentino prendessero questa posizione, avrebbero tanti alleati nelle diverse regioni d'Italia! Noi Verdi voteremo no alla riforma costituzionale centralista e siamo curiosi di vedere come farete voi della maggioranza a convincere i e le sudtirolesi a votare invece sì. Speriamo non succeda! Vedremo.

Seconda frase: *“Il 21 dicembre Azienda Energetica e SEL confluiscono nella nuova azienda Alperia. Si tratta di un momento storico, perché dopo molti decenni l'energia idroelettrica è finalmente in mano altoatesina”.*

Dichiaro di essere d'accordo con questa frase. Il 21 dicembre finisce un'epoca e ne comincia un'altra, completamente nuova. Come tutti sapete, il gruppo Verde fin dall'inizio con Cristina Kury e, dall'ultima legislatura io personalmente insieme a Hans Heiss e Brigitte Foppa, abbiamo seguito questa vicenda da vicino, energia, ambiente, ma non solo dal punto di vista ambientale, anche dal punto di vista industriale, nel ruolo di una forza di opposizione che ha il dovere del controllo e dello stimolo. Col 21 dicembre anche per noi si conclude una fase e se ne apre un'altra. Il 21 dicembre, anche se a quel tavolo noi non saremo invitati, brinderemo idealmente con voi alla nuova società e alla storia che si apre. Prendete pure questa dichiarazione, Presidente Kompatscher e assessore Theiner, come una dichiarazione di fine delle passate ostilità.

Questo il 21 dicembre. Oggi però è il 15 dicembre, e dunque – prima di chiudere definitivamente un ciclo durato 7 anni - lasciatemi mettere a verbale alcune considerazioni critiche. Del resto si fa così anche nei migliori trattati di pace. Alcune delle considerazioni che farò riguardano il passato, e dunque spero di doverle nominare per l'ultima volta. Altre invece riguardano il futuro, e su questo continueremo a confrontarci con spirito costruttivo.

Prima considerazione. Noi ci congratuliamo con voi per l'esito di questa storia, ma voi dovrete congratularvi con noi per il lavoro di denuncia e di trasparenza che abbiamo fatto, per tanto tempo completamente da soli mentre altri partiti preferivano dedicarsi a dividersi le poltrone. Siamo dovuti ricorrere al Tar e al Consiglio di stato per poter leggere quei contratti tra SEL, Enel ed Edison che la politica di allora voleva assolutamente mantenere segreti e lodava come fossero capolavori.

Grazie a noi, invece, sono venute alla luce e poste davanti all'opinione pubblica tutte le magagne nascoste, tutte quelle clausole capestro che erano state sottoscritte al chiuso delle stanze. Parlando delle scelte della politica energetica di allora, Presidente Kompatscher, Lei ha parlato di "disastro". Bene, si ricordi che a quei tempi, cioè nel momento dei fatti e non solo a posteriori quando non costa più nulla – a quei tempi, dicevo, di disastro parlavamo solo e soltanto noi. È grazie a quella nostra decisa azione politica che poi voi, cioè la nuova generazione, la nuova Giunta, avete potuto presentarvi come rottura col passato e mettere mano al risanamento. Dunque noi ci congratuliamo con voi per quella che il Presidente ha chiamato "soluzione responsabile", ma per favore, per una volta almeno congratulatevi anche voi con noi per la nostra azione di controllo e indirizzo, che ha creato i presupposti indispensabili – di verità, trasparenza e consapevolezza – per il vostro operare successivo.

Seconda considerazione. Questa è quella più amara, più pungente che però spero rimanga detta e poi chiusa. Avete riassegnato le concessioni che erano state manipolate, ma io sarei più prudente nel parlare di ripristino della "certezza del diritto". Diciamoci la verità: non si è mai visto in un bando pubblico la stazione appaltante – in questo caso la Provincia – che si dà da fare per ricostruire a posteriori le offerte che uno dei concorrenti – casualmente la società della Provincia stessa – avrebbe presentato se avesse agito senza imbrogliare. Questa ricostruzione a posteriori dei progetti si è basata solo su pareri di un consulente nominato dalla stessa Giunta e su supposti "progetti originari" che oltre che essere semplici files trovati nei computer erano anche incompleti, per cui – grazie all'ennesimo parere del solito consulente – avete dovuto riempire le parti mancanti addirittura prendendo pezzi dei progetti manipolati.

Capisco le difficoltà che avete dovuto affrontare e lo sforzo di non mandare in bancarotta la società energetica provinciale e dunque la Provincia. Capisco tutto. Ma per favore, non esagerate nelle lodi per la soluzione trovata. Se la riassegnazione regge, non è perché è stato ripristinato il diritto, ma perché nessuno ha interesse a contestarla, perché siete stati in grado di trovare una soluzione extragiudiziale accontentando tutti, e primo fra tutti il privato che – forte di sentenze – ha ottenuto alla fine la grande centrale cui mirava.

Non di diritto si deve parlare, ma della intelligenza che avete avuto – e questa sì, presidente, l'ho davvero apprezzata – di mettere da parte l'arroganza del passato e sedervi al tavolo a trattare, riconoscendo le ragioni altrui e trovando l'accordo che ha chiuso la partita. Dico "chiuso la partita", anche se so che qualcuno ricorso l'ha comunque fatto, cioè Edison e il comune di Sarentino per la sola centrale di S. Antonio. Ho letto il ricorso di Edison e devo dire che non è fatto male. Alcune argomentazioni potrebbero valere anche per gli altri casi. Vedremo se è un ultimo fuoco (di paglia), oppure la scintilla di qualcosa di più grosso.

Terza considerazione. L'energia è finalmente in mano altoatesina, ma tutta la partita ci è costata molto cara. Qui la responsabilità non è vostra, ma della passata Giunta e del passato vertice SEL. Avremmo potuto acquistare le centrali Enel nel 1999 per poco più di 700 milioni di euro. La val d'Aosta lo fece, Durnwalder no. Alla fine l'affare ci è costato molto di più, tra soldi sborsati per l'acquisto progressivo delle quote e profitti sull'energia che in tutti questi anni abbiamo lasciato ai giganti elettrici nazionali. Questo vale per Enel e ancora di più per Edison. Per ricomprarci l'energia in mano a Enel ed Edison non abbiamo pagato solo il prezzo degli impianti della produzione, ma anche quello delle clausole capestro che avevamo accettato.

Ripeto, qui la responsabilità non è vostra, qui avete dovuto gestire una pesante eredità del passato. Avete avuto l'intelligenza di non farvi sfuggire per la seconda volta, l'occasione per acquistare le quote che venivano messe da Enel e Edison sul mercato, e cacciare finalmente Enel ed Edison dal nostro territorio, e avete fatto bene. Che avete per questo pagato un prezzo assai salato, non va nascosto. Lo dico sapendo che una partita è ancora in sospeso, quella con Edison. Ho notato che prudentemente il presidente Kompatscher ha citato solo l'acquisto delle quote Enel nella sua relazione. Io spero che l'operazione Edison a questo punto vada in porto. Ma la prudenza è buona consigliera.

Quarta considerazione, e questa riguarda il futuro. E' un consiglio: vi consiglio di non cavalcare troppo la tigre della promessa dell'energia a basso costo per famiglie ed imprese. Lo sapete che è una promessa irrealistica,

sia per la struttura del sistema dei prezzi dell'energia (per metà sono tasse e accise), sia per la rigidità dei costi di produzione, sia per le norme che regolamentano il mercato elettrico nazionale. E lo regolamentano soprattutto per le Società Elettriche che assumono la forma delle Società per Azioni. Esse sono costrette alle logiche del profitto. Inoltre, a una SPA è obbligata a passare dal mercato per le contrattazioni sull'energia. Voi stessi dite che già SEL sfrutta i margini disponibili per offerte vantaggiose. Dovreste aggiungere che più in basso sarà difficile andare.

Diverso sarebbe stato se la Giunta avesse preso in seria considerazione il modello cooperativo di distribuzione, che nella nostra provincia è vivo e vegeto e fornisce energia a un prezzo inferiore del 30-40% coniugando un impegno al risparmio. Ma quel modello – nonostante le promesse - l'avete scartato e avete preferito la strada certo meno creativa e anche meno amica degli utenti della società unica provinciale, praticamente monopolista, nella forma della Società per Azioni. Peccato perché l'altro modello, cooperativo e più rispettoso delle diversità e delle possibili libere sinergie, poteva costituire un esperimento pilota di democrazia energetica che ci metteva al passo con le esperienze più avanzate in Europa e nel mondo. Un'occasione persa.

Comunque noi Verdi non ci uniamo al coro di chi invoca energia a basso prezzo per tutti. Il pensiero ecologico e la necessità di una svolta energetica per proteggere il clima del pianeta, non vanno d'accordo con l'invocazione di "più energia a basso prezzo per tutti". Non per questo siamo insensibili all'esigenza di sostenere i redditi delle famiglie e delle imprese, anzi! Ma scegliamo un'altra strada, quella basata sul principio che l'energia più a basso prezzo è quella che non si consuma. In una parola: il risparmio e l'efficienza energetica. Qui vediamo il ruolo strategico della nuova società energetica provinciale. Quello di reinvestire i propri profitti in un'azione efficace di promozione del risparmio e riduzione dei consumi energetici. Gli strumenti sono tanti, primo tra tutti quello del cosiddetto energy-contracting, cioè il meccanismo di finanziamento alternativo per la svolta energetica che consiste nel prestito anticipato a famiglie e imprese, da parte della società energetica, dei fondi necessari per ristrutturare edifici e adottare fonti rinnovabili, fondi che poi vengono gradualmente recuperati sulla bolletta degli anni successivi, in ogni caso inferiore a quella pre-ristrutturazione.

C'è poi da ristrutturare l'intero patrimonio pubblico, e qui di nuovo la società energetica provinciale può avere un ruolo di rilievo. Per non parlare della svolta energetica nel campo più difficile, quello della mobilità.

Torno al 21 dicembre. Questa è l'epoca che si apre il 21 dicembre, e quando brinderete non dimenticate che un po' del brindisi ce lo siamo meritati anche noi.

Terza frase. La cito in tedesco perché è più incisiva: *"Eine gute Wirtschaftspolitik ist auch Sozialpolitik"*.

Noi qui la vediamo un po' diversamente. Noi crediamo piuttosto nel nesso tra politica sociale e politica ambientale e qui, in questo nesso, sta la nostra missione di forza politica. Noi crediamo che non c'è politica ambientale senza politica sociale e non c'è politica sociale senza politica ambientale.

Le cito a questo proposito un testo in cui mi riconosco al 100%: *"Non ci sono due crisi separate, una ambientale e un'altra sociale, bensì una sola e complessa crisi socio ambientale. Le direttrici per la soluzione richiedono un approccio integrale per combattere la povertà, per restituire la dignità agli esclusi e nello stesso tempo per prendersi cura della natura"*.

Sembra un testo di Alexander Langer, non trova Presidente? Invece è un capitolo dell'enciclica "Laudato si" di papa Francesco. Questo capitolo, centrale nell'enciclica, si intitola "Un'ecologia integrale" - parole che se le usassimo noi ci prenderemmo dei fondamentalisti.

È dall'inizio della crisi finanziaria, cioè almeno dal 2008, che gran parte degli Stati si dà da fare per far riprendere l'economia misurata attraverso l'indicatore dell'aumento del Prodotto Interno Lordo, dei tassi di crescita, delle percentuali di profitto, illudendosi che poi tutto ciò automaticamente si trasferisca alla società intera e al suo benessere. In questo modo però si rischia di fare ogni sforzo per rimettere in moto proprio quel meccanismo che ha provocato la crisi.

Questo accade nel mondo, accade in Europa, accade in Italia e accade anche nella nostra provincia. L'autocritica sugli errori del passato è durata poco, e subito è ripartita l'invocazione alla crescita qualsiasi essa sia, alla crescita dei consumi e del consumismo, alla crescita dei trasporti, alla crescita degli utili. In questa corsa alla crescita l'ultima novità è stata l'inclusione nel calcolo del PIL anche delle attività economiche illegali come droga, prostituzione e contrabbando di sigarette, che l'Istat ha calcolato – comprendendo anche l'indotto – in 59 miliardi, pari a un punto in più di PIL. L'espressione del Papa, secondo cui "questa economia uccide", diventa meno metaforica.

Non è vero che se i profitti e il PIL riprendono si sta tutti e tutte meglio. Non so neppure se sia vero che dalla crisi stiamo uscendo. Una cosa è sicura: se stiamo uscendo, ne usciamo con una enorme crescita delle disuguaglianze. Chi aveva di più ha ricevuto di più, chi aveva di meno ha perso ancora. E non parlo solo a livello

globale, ma anche di noi, qui in Sudtirolo. Il settimanale "ff" ha pubblicato un mese fa la classifica delle 50 persone più ricche della nostra provincia. Sia notato a margine che di 50 di questa galleria, 48 sono uomini e due solo donne, e questo dice già molto su una prima disuguaglianza di opportunità, che non è affatto diminuita. Il settimanale ci ha anche informato che dall'ultima classifica, pubblicata due anni fa, il patrimonio globale di queste sole 50 persone è cresciuto, in soli due anni, di ben 800 milioni di euro, raggiungendo il valore totale di 8,5 miliardi, somma che supera l'insieme degli stipendi annui di tutte e tutti i lavoratori dipendenti della nostra provincia, che rappresentano il 70% degli occupati. L'analisi è stata svolta sullo stesso settimanale dal collaboratore dell'AFI-IPL Thomas Benedikter.

E a proposito di stipendi degli occupati: stagnano dal 2007. Con gli stipendi inferiori che hanno subito sensibili perdite del valore reale. Di fronte a questo, le 50 persone più ricche hanno accresciuto in media il loro patrimonio di 16 milioni di euro all'anno in due anni. Stiamo tutti insieme uscendo dalla crisi? Non mi pare. Piove sul bagnato: chi è più ricco più riceve, chi è più povero tira la cinghia.

A perdere quote di stipendio sono stati soprattutto le e i dipendenti pubblici, i cui contratti sono bloccati da tempo. I sindacati ci fanno sapere proprio in queste ore che le risorse messe a disposizione in questa proposta di bilancio per il rinnovo dei contratti non bastano neppure a recuperare metà delle perdite dovute all'inflazione. E intanto però questo è il Natale dell'apertura o del raddoppio dei centri commerciali, con connessi ingorghi del traffico. Il precetto del santificare le feste è sostituito da quello del mercificare le feste. Moralismo? Non credo. La corsa al centro commerciale, o al negozio delle grandi catene, ha come altra faccia della medaglia i nuovi contratti con cui il settore assume centinaia di ragazzini e ragazzine: non solo stipendi bassi, ma soprattutto eliminazione di diritti e appropriazione totale del tempo di vita del dipendente. Certe clausole più vessatorie sono finite anche davanti alla commissione di conciliazione, dove è presente anche la Provincia. La Provincia dunque sa. Perché non grida allo scandalo?

Mentre pochi si arricchiscono, alla grande maggioranza viene riservata la felicità finta del consumismo, delle file prima in macchina e poi alle casse, dei carrelli riempiti dalle offerte speciali. E così, si riempiono i mercatini di Natale (ma solo quelli, mentre poco più in là – centri commerciali esclusi – è deserto) ma svettano anche i tassi dell'inquinamento dell'aria, che noi misuriamo solo sulla scorta dei limiti di legge, che sono il doppio di quelli consigliati per la nostra salute dall'Organizzazione Mondiale della Sanità, e che sono tenuti così alti per non disturbare l'economia.

Di fronte a questa febbre, che torna a riscaldare il pianeta, noi vogliamo ricordare che a tutto c'è un limite. A tutto c'è un limite. C'è un limite all'inquinamento, c'è un limite al traffico, c'è un limite al numero di turisti e di pernottamenti, c'è un limite alle piste da sci e agli impianti di risalita, c'è un limite al numero di negozi e superfici commerciali, c'è un limite ai profitti e alla concentrazione di patrimoni, c'è un limite al privilegio maschile verso le donne. Questo limite o ce lo decidiamo autonomamente, oppure ci penserà il pianeta ad imporcelo con le cattive. Non è il futuro, è il presente: l'ondata i profughi che ha sorpreso l'Europa e rischia di farla saltare come progetto unitario e di pace è l'altra faccia dei disastri ambientali dovuti ai cambiamenti climatici e dei disastri sociali dovuti alla enorme distanza tra ricchi e poveri.

Ebbene, noi Verdi siamo quelli che pongono il problema del futuro, del limite, dell'uguaglianza – o più modestamente, della riduzione delle enormi disuguaglianze. Anche qui da noi, affatto isola felice per molte persone e famiglie.

La questione dell'aeroporto per noi rappresenta uno di questi limiti. E' uno sfizio inutile e dannoso, sia per le casse pubbliche che per la salute. È quel limite che non deve essere superato. Ma su questo abbiamo già discusso e discuteremo nei prossimi mesi.

Apprezziamo – sia chiaro – ogni passo nella direzione di un sostegno sociale. L'innalzamento della no tax area a 28.000 euro, per esempio. Ricordiamo però che dall'altra parte rimane irrisolta la questione della copertura del contributo per la non autosufficienza, per cui era previsto un fondo di garanzia che non è mai stato istituito.

Adesso mi rivolgo direttamente al presidente Kompatscher, quindi vorrei che fosse presente in aula. La ringrazio per essere rientrato in aula.

Apprezziamo il raddoppio dei fondi per la solidarietà internazionale nell'anno dell'emergenza umanitaria. Benissimo, lo chiedevamo da anni. Ricordiamo però che nel bilancio presentato l'aumento vale solo per il 2016, mentre le cifre del 2017 e 2018 tornano ai soliti due striminziti milioni.

Ricordiamo, soprattutto, che l'Onu ci ha chiesto un ben altro sforzo per raggiungere gli obiettivi del Millennio, che ormai sono stati mancati proprio perché i paesi ricchi come noi non hanno mantenuto gli impegni sottoscritti nel 2001 da tutti gli stati membri delle Nazioni Unite. L'impegno prevedeva lo stanziamento dello 0,7% del PIL di ogni territorio per la solidarietà internazionale. Per la Provincia di Bolzano ciò equivale a circa 12 milioni

all'anno. È sei volte di più di quanto abbiamo dato finora. E anche il raddoppio previsto per il 2016 rappresenta un terzo di quanto dovremmo mettere a disposizione.

A questo proposito, venerdì prossimo verrà discusso dalla prima commissione un nostro disegno di legge che vuole introdurre una percentuale fissa di finanziamento per la cooperazione internazionale. Consta di un solo articolo e se fosse accolto ci metterebbe quasi al livello di quanto ci chiede l'ONU. Alla Giunta abbiamo fatto anche una proposta attraverso un emendamento: che questo obiettivo sia raggiunto non da un anno all'altro, ma gradualmente, con un impegno crescente e graduale nell'arco di 5 anni, anche per adeguare le strutture amministrative, ottime, di cui la Provincia dispone in questo campo. Speriamo che il Presidente Kompatscher apprezzi questa nostra offerta.

Vorrei concludere con una proposta. Noi apprezziamo ogni passo che la Giunta e la maggioranza fanno nella direzione contemporanea del sostegno sociale e della tutela ambientale, due ambiti che ci paiono intimamente connessi. Ci avviciniamo alla metà di questa legislatura. Nella prima parte il Presidente Kompatscher ha voluto riunire nella sua persona il ruolo di Landeshauptmann e di super assessore all'economia. Forse era necessario, vista la crisi che attraversava la provincia. Forse era anche necessario per fare ordine tra i cocci lasciati dalla precedente amministrazione. A noi appare però che questo doppio ruolo, di presidente e di super assessore all'economia, faccia inclinare la figura del Presidente troppo dalla parte dell'economia. Se davvero stiamo uscendo dalla crisi, allora ci vuole un riequilibrio, affinché dalla crisi escano davvero tutti e non solo una parte.

Per questo Le propongo, Presidente, di liberarsi delle competenze economiche per la seconda parte della legislatura e assumere pienamente un ruolo super partes, di riequilibrio. Sarebbe un passo che farebbe bene a tutta la società, e anche - se mi posso permettere - a Lei. Non che poi ci illudiamo che questo basti per accrescere il peso delle istanze ecologiche e sociali nella politica della Provincia. Questo è il compito nostro, e cercheremo di svolgerlo con tutte le nostre forze.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident! Die Haushaltsrede stand ganz im Zeichen der Schaffung von Sicherheit und des Finanzabkommens mit Rom, wo wir uns ja ohne Gegenleistung dazu verpflichtet haben, jährlich 476 Millionen Euro zur Sanierung des Staatshaushaltes beizutragen. Trotzdem sind die Staatsschulden gestiegen. Das hat bisher also noch nichts geholfen. Ich möchte nochmals betonen, dass das ein großer Fehler war. Stattdessen hätte man Kompetenzen einfordern sollen. Bahn und Post werden ja eh schon teilprivatisiert, weshalb man zugreifen können hätte. Das wäre viel vernünftiger, denn dann könnten wir diese Einrichtungen selber verwalten, so wie wir es brauchen.

Sie sagen, dass der Schutz und Ausbau der Autonomie ein wesentlicher Bestandteil der Marschroute seien. Tatsächlich ist die Situation aber eine ganz andere. Wir bekommen ja täglich Beschwerden über die Missachtung der Einhaltung des Gebrauchs der Muttersprache oder in Bezug auf finanzielle Kürzungen in verschiedenen Bereichen. Erst gestern habe ich eine Beschwerde eines Busunternehmens des Pustertales erhalten, das öffentliche Mittel erhält, obwohl der Busfahrer kein Wort Deutsch spricht.

Stichwort Wirtschaft. Der Landeshaushalt 2016 hat ein großes Volumen und ist mit 5,4 Milliarden Euro der größte der Geschichte. Das klingt im ersten Moment widersprüchlich. Tatsächlich ist aber ein Großteil der Mittel schon zweckgebunden, weshalb der Spielraum für Investitionen nicht mehr so groß ist. Was bestehen bleibt, ist dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe im Vergleich zu unseren Nachbarregionen im Norden sehr schlecht ist. Denken wir nur an die hohe Steuerbelastung, an die hohen Energiekosten oder auch an die unverhältnismäßig hohe Bürokratie. Wir haben den Vorteil, dass sich österreichische und deutsche Firmen niederlassen, um uns als Sprungbrett für den italienischen Markt zu gebrauchen. Wegen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen würden sie unser Land wahrscheinlich nicht aussuchen.

Das Modell der Gemeindenfinanzierung ist für mich ein guter Kompromiss. Es geht in Richtung Eigenverantwortung, was im Sinne der Subsidiarität ist. Der Gemeindenverband hat bei der letzten Versammlung einem Investitionsvolumen von 140 Millionen Euro zugestimmt. Hinterher hat sich aber herausgestellt, dass es aufgrund eines Rechenfehlers 14 Millionen Euro weniger sind. Jetzt sind es nur noch 126 Millionen Euro. Ist der Gemeindenverband immer noch damit einverstanden? Das würde mich schon interessieren.

Positiv finde ich die Investitionen in Forschung und Entwicklung, wo wir noch sehr viel aufzuholen haben. Eine Bündelung der Kräfte im sogenannten Technologiepark ist ein wichtiger Schritt, wenngleich ich sagen muss, dass mir dieser Namen nicht gefällt. Das ist aber ein wichtiger Schritt.

Was die wirtschaftliche Situation im Allgemeinen anbelangt, sehen Sie einen Aufwärtstrend, vor allem auch wieder im Bauwesen. Wenn man für das Militär hunderte von Wohnungen baut – es sollen ja insgesamt 400 Wohnungen für Berufssoldaten und deren Familien sowie Unterkünfte mit 3.800 Betten für Berufssoldaten gebaut wer-

den -, dann kann man die Bauwirtschaft wirklich ankurbeln. Auf der anderen Seite betreibt man damit eine Italiänisierung des Landes, was der beste Beweis dafür ist, dass es der Landesregierung hier hauptsächlich um Wirtschaftsdaten und um den Machterhalt geht, während ihr die Volkstumspolitik einerlei ist.

Zum Raumordnungsgesetz, das ja von grundlegender Bedeutung ist. Da stimme ich Ihnen selbstverständlich zu. Wir haben eine sehr begrenzte bebaubare Fläche im Land, weshalb man sich schon fragen muss, ob man das Land noch weiter verbauen will. Die Devise muss lauten, dass bestehende brachliegende Kubatur genützt werden muss, speziell in den Innenstädten und Dörfern. Mit der Grünfläche muss sehr sparsam umgegangen werden. Ich kenne ein Beispiel aus unserer Nachbargemeinde, wo seit Jahren drei große Betriebsgebäude brachliegen. Da kommt eine neue Firma daher und die bekommt wieder ein neues Grundstück im landwirtschaftlichen Grün. Das darf es einfach nicht geben bzw. das muss endlich aufhören.

Nationalpark Stilfser Joch. Es wurde jetzt zum x-ten Mal hinausposaunt, dass die Zuständigkeit dafür auf das Land übergehen soll. Tatsache ist aber, dass wir nur zahlen dürfen, denn eine autonome Verwaltung gibt es nicht. Bezüglich der Regelung der Jagd im Park gibt es eine einheitliche Koordination. Das letzte Wort hat immer noch das Umweltministerium in Rom. Ohne dessen Einverständnis geht gar nichts. Deshalb haben wir einen Beschlussantrag eingereicht, damit der Nationalpark in einen Südtiroler Naturpark umgewandelt wird. Das wäre der richtige Weg, damit wir einerseits ein altes Unrecht beseitigen und andererseits den Park nach unserem Ermessen verwalten können.

Europaregion Tirol. Der Landeshauptmann schreibt in seinem Bericht, dass er zutiefst davon überzeugt sei, dass wieder zusammenwachsen werde, was zusammengehört. Der bisherige Einsatz des Landeshauptmannes in dieser Angelegenheit lässt aber eher das Gegenteil vermuten. Sie haben gar einige diesbezügliche Anträge abgelehnt, beispielsweise hinsichtlich der Errichtung eines Radweges Zillertal/Ahrntal, der Verbindung der Skigebiete Kaunertal/Langtaufers oder des Projekts "Tirol 2050 energieautonom". Bezüglich der Gesamttiroler Fußballmeisterschaft der Amateure warten wir auf die Umsetzung. Diesen Antrag hat die zuständige Landesrätin mit einer kleinen Abänderung akzeptiert. Bezüglich der Europaregion Tirol werden Sie noch weitere Gelegenheiten bekommen zuzustimmen. Wir haben noch weitere Projekte laufen, beispielsweise die Radwegverbindung Pfitscherthal/Zillertal, Gesamttiroler Notrufzentrale, Lawinen- und Wetterbericht, Berg- und Flugrettung. Da gibt es viele Projekte, die man umsetzen könnte.

Was keine Daseinsberechtigung hat, ist die Region Trentino/Südtirol. Die gehört schnellstens abgeschafft, weil sie ein unnützes Gebilde ist. Die frei werdenden Mittel sollten für soziale Zwecke, als Überbrückungshilfe für das Personal des Regionalrates, zur Erhöhung der Mindestrenten oder für den Erhalt der Geburtenstationen verwendet werden. Dort wäre das Geld sicher viel besser eingesetzt.

Was die Energie anbelangt, spricht der Landeshauptmann von einem historischen Moment, da die Wasserkraft nach vielen Jahrzehnten in Südtiroler Hand zurückkomme. Davon merken der kleine Konsument oder die Betriebe herzlich wenig. Wir haben durchschnittlich ein Drittel höhere Strompreise als im benachbarten nördlichen Ausland, obwohl wir mehr Strom produzieren, als wir eigentlich selber verbrauchen. Man hätte die Bereiche Energie und Europaregion Tirol sehr gut verbinden können. Wenn man unseren Antrag "Tirol 2050 energieautonom" angenommen hätte, dann wäre das nur richtig gewesen. Tirol besitzt ein enormes Potential an Energieschätzen wie Wasser, Holz, Sonne, Erdwärme usw. Da könnte man sehr viel machen. Das Projekt wurde draußen per Bahn auf die Reise geschickt. Ein Regionalzug im entsprechenden Design tourt seither durch das Land und informiert die Leute. Die neue Internetplattform www.tirol2050 informiert und lädt zum Mitmachen ein. Jährlich wird der Tiroler Energiepreis für die Gemeinden vergeben. Das wäre ein vorbildliches Projekt, bei dem wir Südtiroler mitmachen könnten.

Mobilität und Flughafen. Der Landeshauptmann spricht in seiner Haushaltsrede von einer Sternstunde bezüglich der Volksabstimmung über den Flughafen im Juni nächsten Jahres. Wir hatten zwar schon derartige Volksabstimmungen, die von der Politik und den Medien aber torpediert und schlechtgeredet wurden. Ich würde mir wünschen, dass man sachlich und fair über dieses Projekt diskutieren kann, damit wir irgendwann einmal auf Schweizer Niveau kommen können. Die Süd-Tiroler Freiheit hat sich diesbezüglich bereits positioniert. Unser Landesflughafen mit internationaler Anbindung ist jener von Innsbruck. Wir sind aber keine Nein-Sager-Partei, sondern bieten Alternativen an. Wir haben einen Tagesordnungsantrag eingebracht, der vorsieht, dass sich das Land Südtirol am Flughafen Innsbruck beteiligen sollte.

Ausbau der Bahn. Da haben wir auch die Schweiz als Vorbild hergenommen und einen Beschlussantrag eingebracht, der eine Volksabstimmung zum generellen Ausbau der Bahn in Südtirol fordert. Es braucht einen breiten Konsens in der Bevölkerung, um große Projekte umzusetzen und finanzielle Mittel zu generieren. In der Schweiz gibt es einen Bahninfrastruktur-Fonds, an dem sich alle beteiligen können. Dieser könnte auf Südtirol

übertragen werden. dann hat der Landtag eine Prioritätenliste zu erstellen, aus der hervorgeht, welches Projekt als erstes umgesetzt werden soll. Ich habe diesen Beschlussantrag für die Januar-Session vorziehen lassen, damit wir diese Volksabstimmung gleichzeitig mit jener über den Flughafen abhalten können.

Autobahn A22. Auch hier haben wir klare Forderungen gestellt, vor allem bezüglich der Raststätten. Wir wollen Raststätten, die diesen Namen auch verdienen, inklusive einheimischer Produkte und deutschsprachigem Personal. Hier gibt es sehr viel Aufholbedarf. Wir haben zudem den Antrag gestellt, die Mautstationen zurückzubauen und eine zeitgemäße Mauteinhebung zu schaffen, so wie es in Österreich, Deutschland und Schweiz der Fall ist. Vor den Mautstationen gibt es regelmäßig lange Staus, speziell in den Hochsaisons und an den Wochenenden. Zusätzlich verschlingen die Mautstationen wertvollen Kulturgut. Bei einem Rückbau sollten sie wieder renaturiert werden.

Auch die Förderung des Sports wurde berücksichtigt. Wir haben auch hier einige Initiativen gestartet, beispielsweise den Beschlussantrag "Sportler zum Land", der vom Landtag abgelehnt worden ist. Der Landeshauptmann hat uns aber zugesagt, dass er dies in Rom zur Sprache bringen würde. Als Übergangslösung haben wir Sportler in lokalen Trikots gefordert, was zu viel Wirbel geführt hat. Bei den anstehenden Skirennen in Südtirol sehen wir ja, wie mit dem staatlichen Symbolfetischismus umgegangen wird. Wir verlangen auch die Aufnahme Südtirols in die UEFA. Das ist nicht utopisch, denn es gibt Staaten ohne Souveränität – Färöer Inseln oder Gibraltar -, die das geschafft haben. Warum also sollten nicht auch wir anfragen?

In Sachen Volkstumspolitik betreiben Sie dieselbe Politik wie Ihr Vorgänger, nämlich jene des Aussitzens. Kein Wort haben Sie über das Schicksal der Südtirol-Aktivisten verloren, die nach über 50 Jahren immer noch auf keine Rückkehr in ihre Heimat hoffen können. Wir sind der Meinung, dass es nur diesen damals mutigen Leuten zu verdanken ist, dass wir heute diese relativ bescheidene Autonomie genießen können.

Kein Wort gibt es auch in Sachen Lösung der Toponomastik-Frage. Hier ergreifen Sie keinerlei Initiative. Faschistische Orts- und Flurnamen feiern fröhliche Urständ, beispielsweise in Navigationsgeräten. Die Touristiker überbieten sich gegenseitig in der Verwendung von Falschnamen. Ich zitiere da ein Beispiel aus Sexten, wo es den Orto del Toro gibt, einen Namen, den es nicht einmal im "prontuario" gibt. Stattdessen sägen Sie weiterhin an den Grundsäulen der Autonomie, vor allem am Prinzip des muttersprachlichen Unterrichts in den deutschen und ladinischen Schulen. Wir sind davon überzeugt, dass es ohne muttersprachlichen Unterricht kein Überleben als ethnische Minderheit in einem fremdnationalen Staat geben kann. Europaweit gibt es einige Beispiele – Aosta oder Elsass-Lothringen -, wo man das sehr gut beobachten kann.

Auch zum Thema "Flüchtlinge" haben Sie einige Worte verloren. Unseren Beschlussantrag bezüglich der Übertragung der Zuständigkeit für die Zuwanderung haben Sie abgelehnt. Was wir absolut nicht brauchen können, sind Wirtschaftsflüchtlinge oder kriminelle Ausländer. Immerhin sind 80 Prozent der Insassen im Bozner Gefängnis Ausländer, was eigentlich viel aussagt. Danke für die Aufmerksamkeit!

URZI (L'Alto Adige nel cuore): Benché lo si sia voluto, è evidente che in mezz'ora sarà complesso sintetizzare un'analisi che dovrebbe spaziare sull'intera situazione in cui l'Alto Adige si colloca, così come ha tentato di farlo lo stesso presidente nella sua relazione. Siamo quindi qui a tracciare più che altro un bilancio della visione che il presidente ha ritenuto di indicare per il futuro ma anche in un certo qual modo la descrizione che egli ha voluto tracciare della contingenza. Mi limiterò ad alcune considerazioni solo in questo senso, benché parta da una annotazione che mi sorge spontanea in relazione al dibattito che si è svolto quest'oggi in Consiglio e che in un certo qual modo preannuncia l'entrata dei Verdi nella maggioranza. È un fatto nuovo, possiamo anche parlarne, perché credo che debba essere rimarcato. Mai ho sentito una relazione così conciliante, così particolarmente dolce. Sarà forse la crisi di Bolzano, saranno forse le elezioni che si avvicinano, saranno tante e tante cose, ma io lo dico, collega Dello Sbarba, anche con grande simpatia, Lei lo sa, e molto rispetto, però questo è un dato politico. Se io facessi - ma lo sono - ma non lo faccio, il giornalista, oggi farei come titolo: "I Verdi entrano in maggioranza", portando nell'ambito della maggioranza anche una serie di elementi di contraddizione e di critiche, ma d'altronde è il momento che ci porta a porci una serie di interrogativi per esempio sulla riforma istituzionale di cui effettivamente si è parlato estremamente poco. Non un riferimento alla Convenzione per l'autonomia, benché essa dovrebbe essere considerata un punto di partenza importante per un processo di riforma del nostro sistema autonomistico, forse perché hanno iniziato a manifestarsi difficoltà oggettive. Mi pare che il dibattito che ha visto coinvolto il senatore Palermo, gli interventi che nei giorni scorsi si sono articolati all'iniziativa promossa dal vicepresidente Bizzo, insomma tutta una serie di fermenti politici stanno a dimostrare che contraddizioni forti ne esistono. Quando il presidente Dorigatti dice: attenzione perché non ci può essere riforma possibile per l'autonomia se non in un quadro regionale, forse qualche riflessione va fatta, rispetto alla prospettiva che una riforma possibile potrà

indicare. Per evitare di pestare dei calli, si evita di affrontare l'argomento. Eppure calli, nonostante si cerchi di rimanere immobili, come ha tentato di galleggiare il presidente Kompatscher nella sua relazione, si pestano lo stesso, e lo si è visto dagli interventi che ci sono stati da parte di numerosi colleghi che indicano, nell'atteggiamento della Volkspartei a livello parlamentare, ma è anche giusto rivendicare questo tipo di ambiguità, un atteggiamento poco coerente rispetto alle cose che vengono predicate qua, nel senso che il castello della riforma istituzionale viene indicato come un rischio potenziale per l'autonomia. Non mi inserisco nella categoria delle prefiche, cioè di coloro che si stracciano le vesti, si strappano i capelli e ritengono che sia un momento epocale di discussione dell'assetto del sistema dell'autonomia. Questo è, collega Blaas, il richiamo a quelle paure ancestrali che invece fanno male. Non ritengo che la paura possa servire a mettere in moto e stimolare un dibattito proficuo, tanto quanto si parla di fenomeni epocali e mondiali come quello dell'immigrazione, e io aggiungo quello dell'integrazione, tanto quando si parla delle piccole cose nostrane, ossia delle riforma dell'autonomia. Non fa bene scuotere le budella, non fa bene creare i climi di terrore e di paura. Fa bene essere razionali e la Volkspartei si gioca questo triplo, quadruplo ruolo su tutti i piani, andando a dire a Roma una cosa, sostenendone un'altra qua, ragionando con le opposizioni quando parlano in tedesco in un modo, parlando con me o nelle platee italiane in un altro, e conosciamo il nostro interlocutore. Di certo c'è che di sicuro questa riforma è piena di ambiguità alle quali la Volkspartei ha tentato, con l'appoggio di una parte del governo, di porre rimedio con le clausole di salvaguardia che di fatto rendono immune la Provincia di Bolzano dalle conseguenze più dirette, quindi non mi associo sostanzialmente al coro di chi dice: vi voglio vedere al referendum cosa farete, perché la Volkspartei ha già fatto quello che doveva e poteva, ossia creare quegli sbarramenti alla possibilità che una riforma complessiva possa avere una sua ricaduta diretta sull'assetto del nostro castello istituzionale.

Detto questo, le perplessità rispetto al modo con cui si è costretti a giocare i doppi ruoli permangono, come quando all'inizio della relazione il presidente fa riferimento, come fosse una sorta di carezza dovuta per segnalare una certa continuità, alle manovre del governo nazionale, cita il jobs act, fa riferimento alle iniziative di governo come quelle iniziative che hanno permesso la ripartenza di un sistema dell'economia di cui godrebbe anche la provincia di Bolzano. Uso il condizionale perché poi il dato della ripresa è sintetizzato dall'1,1% fotografato dalla Camera di commercio e si ferma lì sostanzialmente. Allora ci viene un ulteriore dubbio, se siamo soltanto noi a percepire una difficoltà e un affanno della società reale in rapporto alla vita quotidiana o se questo sia invece una nostra distorsione, se siamo solamente noi ad accogliere, e lo chiedo ai colleghi di tutti i gruppi politici, decine di persone alla settimana che vengono a testimoniare la loro difficoltà a gestire la copertura delle spese ordinarie per il mantenimento della famiglia, per sopportare i costi vivi dell'affitto e della vita quotidiana oppure è una nostra sensazione e null'altro. Me lo chiedo perché la positività della relazione che si è svolta di fronte ai nostri occhi, sicuramente trasmette un senso di positività ma forse esprime anche un ottimismo che in questo momento invece consiglieri più prudenza, perché temo che, sebbene alcuni dati che riguardano la macro economia possono evidenziare un segnale di cauta positività, è anche vero che sappiamo come i flussi ad onda ripercuotano questa positività sul reale, nel quotidiano delle persone solo dopo anni. Ciò per testimoniare il fatto che esiste un affanno significativo della nostra provincia, la crescita di nuovi fenomeni di povertà, di aree di difficoltà, di sacche di cittadini che fanno fatica ad affrontare il loro percorso di vita, che ha toccato punte di estremo allarme che la Caritas ha denunciato con chiarezza.

È bene trasmettere positività, ma io consiglieri maggiore prudenza. Bene perché non si può parlar male delle cose ben fatte. Bene agli sgravi fiscali quando questi intervengono laddove era richiesto da tempo si potesse intervenire con l'estensione della no tax area fino a 28 mila euro per quanto riguarda l'addizionale Irpef, per l'abolizione dell'IMI, nella gran parte dei casi sicuramente per il contenimento dell'Irap, ma questi dati da soli aiutano a trasmettere un senso di volontà in una direzione che può essere condivisa ma ancora devono trovare corrispondenza in una fiducia che l'economia e i cittadini ancora faticano a costruire.

Sicuramente quando alle osservazioni positive corrispondono le dichiarazioni del presidente Kompatscher per cui comunque bisognerà pagare dei costi, e uno dei costi è accettare una certa riforma dell'impianto della sanità, non le riforme della sanità, perché è giusto che si metta mano alla riforma soprattutto dell'amministrazione della sanità, ma quando tutto ciò trova la sua ultima espressione in una frase chiara e sferzante come: bisogna accettare la chiusura degli ospedali, evidentemente questo ottimismo che trasuda dalla relazione ha un suo contraltare di cui tenere conto. Il prezzo pagato di tutto questo si può anche rinchiudere in alcune situazioni limite ed esemplari come quello legato al contenutissimo e quasi mortificante aumento delle retribuzioni per i dipendenti provinciali a testimonianza di come di fatto questo ottimismo faccia molta difficoltà a tradursi in realtà.

Al contrario c'è un capitolo dedicato al ruolo della Provincia di Bolzano nella mediazione imprenditoriale se non nell'impresa diretta all'autostrada del Brennero, mercato dell'energia, ne abbiamo parlato abbondantemente e mi farebbe piacere fare un'annotazione rispetto a questo, aeroporto.

Per quanto riguarda l'aeroporto forse ci saremmo aspettati di più in questa fase, ossia in un momento in cui si impone una nuova amministrazione, essa vuole dare il senso e il segno della capacità di assumere responsabilità, ci saremmo aspettati la responsabilità di decidere sulla questione e non a rinviare a momenti diversi la responsabilità che spetta ad una classe dirigente. Io credo sia stato un errore da questo punto di vista, parteciperemo con tutte le nostre risorse al dibattito che accompagnerà le consultazioni ma un'amministrazione avrebbe il dovere di farsi giudicare per le scelte che compie, non invece nascondersi dietro al paravento delle scelte affidate a terzi.

Mercato dell'energia. Non voglio entrare nel tecnico, perché non ci sarebbe il tempo né gli elementi in questo momento per aggiungere molto a quanto abbiamo sentito. Forse una riflessione seria sulla destinazione finale del viaggio intrapreso la si dovrebbe dare. Credo che vada riaffermato con forza un obiettivo strategico fondamentale che è quello del beneficio diretto per i cittadini di una grande operazione che restituirebbe, in linea teorica e morale ai cittadini, il possesso di un patrimonio del territorio, e questo lo si può tradurre in politiche di sviluppo futuro nelle diverse direzioni ma anche e soprattutto in un approccio che deve essere agguerrito come lo è stato in altri ambiti quando ce n'è stata la necessità, diretto a rendere concreto il senso del beneficio per il territorio e quindi legato all'applicazione delle tariffe più adeguate a soddisfare le esigenze di un mercato privato ma anche di quello commerciale. Sono sfide, vanno affrontate, credo che vadano dichiarate e che debbano essere accompagnate con il coraggio con cui ogni sfida deve essere colta.

Vorrei riferirmi poi a quello che è mancato in questa relazione, come hanno fatto altri colleghi. È mancato per esempio un capitolo al rapporto con il capoluogo. C'è stata una considerazione di carattere generale per quanto riguardava la possibilità di intervenire attraverso l'operazione autostrada del Brennero nell'accelerazione delle procedure che dovranno portare ad una circonvallazione della città di Bolzano, ma si tratta come sempre del vizio antico della Provincia che dispone per il capoluogo. In una fase tanto delicata, che peraltro precede una consultazione elettorale così delicata come quella che ci sarà a maggio, ci saremmo aspettati un approccio più collaborativo, più dialettico con le istituzioni del capoluogo come il Comune di Bolzano nell'individuazione delle priorità, le esigenze attuali, non i sogni di media e lunga scadenza quali possono essere quelli legati alla realizzazione per esempio della circonvallazione. Penso agli interventi più immediati sulla viabilità del completamento dell'arginale nel tratto a nord verso la galleria del Virgolo, interventi che sono stati osteggiati in questi ultimi anni dalla vecchia amministrazione Durnwalder e che hanno danneggiato profondamente la città capoluogo. Bene si è fatto a ricordare come importanti piani di sviluppo del territorio legati alla creazione dei centri commerciali, hanno avuto ricadute anche sulla viabilità, ma hanno avuto ricadute sulla viabilità perché non c'è stata la capacità di guardare lontano rispetto alle esigenze del comune capoluogo che è l'unico che ancora non ha delle assi viarie adeguate a sopportare il traffico di attraversamento e non ha ancora quei cardini che possano permettere l'assorbimento del traffico veicolare nelle situazioni ordinarie ma soprattutto nelle situazioni eccezionali.

Non si è parlato dell'inceneritore, eppure in queste settimane è in atto un forte dibattito rispetto agli sviluppi possibili del termovalorizzatore nel senso che è stata costruita una grande opera, messa in funzione a ritmi ridotti rispetto alle potenzialità e oggi viene richiesto al comune di Bolzano, all'impianto termovalorizzatore, di farsi carico di rifiuti non solo di tutta la provincia come accade oggi, ma anche di fuori provincia. Non sono qua a fare un processo sul bene o sul male di questa operazione, ma invito l'amministrazione provinciale a riconoscere come il peso di investimenti fortemente impattanti dal punto di vista dell'impatto ambientale da una parte e dall'altra anche emozionale, e sono investimenti che hanno colpito in modo particolare alcune parti del territorio dell'Alto Adige, in modo particolare Bolzano e i comuni più vicini come Vadena, penso alla discarica Ischia Frizzi, penso al centro di guida sicura sempre di Vadena, penso al termovalorizzatore piuttosto che al depuratore, si ritenga di introdurre in provincia di Bolzano una politica della compensazione economica. Qualcuno griderà allo scandalo, dirà che non è bello compensare i disagi o il sopportare i costi ambientali attraverso una compensazione economica, però presidente, coloro che abitano un certo territorio e subiscono l'imposizione di alcune macrostrutture potrebbero ricevere, attraverso una compensazione economica, un ritorno in grado non di alleviare il peso del loro sacrificio ma di compensare, dal punto di vista per lo meno morale, l'aver accettato queste macrostrutture.

Rinnovo l'appello a farsi parte diligente per prevedere tutte le forme possibili per intervenire sulle politiche delle tariffe, sul trasporto dei rifiuti nei comuni di Bolzano, Laives, Vadena, Appiano, nei comuni sostanzialmente confinanti al grande termovalorizzatore di Bolzano perché i cittadini di queste aree possano ricevere dei benefici diretti.

Si è parlato di Bolzano per dire che si è dovuto accendere un mutuo da 200 milioni per finanziare anche il polo bibliotecario che comporterà l'abbattimento di una realtà straordinaria dal punto di vista storico della città di Bolzano, ossia il complesso Pascoli-Longon. Eppure ricordo che si affermava che i soldi c'erano. I soldi evidentemente non c'erano. Oggi ci sono perché il presidente Kompatscher dice che si è dovuto accendere un mutuo per averli, quindi su di essi si pagheranno interessi, un costo ulteriore rispetto a quello che pure era messo a bilancio. Devo dire con grande chiarezza che c'è bisogno di rivedere quei programmi, di restituire alla città di Bolzano un luogo che è caro alla città, di garantire la realizzazione del polo bibliotecario eventualmente sullo stesso sedime, nella stessa struttura, perché no, o altrove ristrutturando quelle strutture che già esistono, oppure restituendo la scuola alla sua originaria destinazione, e c'è bisogno di spazi per l'istruzione nel comune di Bolzano, e destinando quei 200 milioni che in parte saranno destinati invece, secondo le dichiarazioni del presidente Kompatscher, alla realizzazione del polo bibliotecario, al completamento del piano per l'edilizia popolare. L'ipes provvede a realizzare gli alloggi sulla base di richieste di punteggio, sopra i 25 punti per la graduatoria generale, sopra i 20 punti per coloro che hanno più di 60 anni, sopra i 25 punti per particolari categorie sociali. Allo stato sono giacenti 1.109 domande. A Bolzano servirebbero attualmente 400 alloggi, ne saranno previsti invece 95, a Bressanone ne servirebbero 57 e ne sono previsti 18, a Brunico 70, ne sono previsti 45, numero di gran lunga superiore rispetto a quello che avevamo sentito in precedenza, mentre zero ne sono previsti a Merano, Appiano, Caldaro, Lana, Laives, nonostante le richieste siano numerose, nell'ordine talvolta, come a Merano, di più di un centinaio, o di 75 a Laives. Forse oggi parte di 200 milioni per i quali si accende un mutuo che saranno destinati alla realizzazione del polo bibliotecario dovrebbero essere destinati a soddisfare per lo meno questa esigenza reale che è quella alla casa. Non se parla più, non va più di moda, ma è un problema reale che impedisce alle giovani famiglie di svilupparsi, di potersi conquistare l'autonomia, di potersi sposare, avere dei figli, di poter crescere fuori da casa, di poter emanciparsi dall'essere quei "bamboccioni" che talvolta qualcuno imputa loro, caratteristica non voluta, subita purtroppo.

Una ulteriore considerazione riguarda una frase che diceva il collega Pöder, che l'autonomia è il minimo che ci spetta di diritto. L'autonomia è stata una conquista, un obiettivo, una mediazione, non è né il minimo né il massimo, anzi è stato tutto. Ripeto in quest'aula, come lo faccio nell'aula del Consiglio regionale, che l'autonomia è un dato irrevocabile in salita ma anche in discesa. All'autonomia non si può andare oltre, ossia oltre l'autonomia c'è solo la secessione. L'autonomia non può essere privata di nulla, è un dato che è frutto di un lunghissimo percorso, di un lavoro di mediazione e composizione di antiche vicende storiche e anche di un accordo che è il frutto non solo fra persone ma anche fra repubbliche che hanno deciso di vigilare sul futuro di un territorio riconoscendo ad esso stabilità, progresso, futuro. Allora bisogna capire su cosa si intenda per autonomia quale valore attribuire ad essa, quale limiti porre all'autonomia, l'ho già detto. Il limite stesso che è dato dall'essere autonomi, ma anche quale limite dare a ciò che eccede il concetto di autonomia. Io credo che sarebbe venuto il tempo in maniera diretta e meno ambigua di quanto non sia stata fino ad oggi, di esprimere parole chiare sul concetto di ruolo che deve assolvere il cosiddetto Euregio-Tirolo-Alto Adige-Trentino. A me è piaciuto il riferimento all'interno della relazione all'Arge Alp, un'organizzazione storica che ha aperto anche una certa strada al superamento di difficoltà di relazioni fra territori all'interno dell'arco alpino centrale, mi è piaciuto il riferimento a Eos Alp ossia la macroregione alpina che sta assumendo il suo ruolo all'interno della cornice europea per dare rappresentanza e concreta attuazione ad alcune politiche rivolte alle necessità di questo particolare territorio nell'ambito dell'Europa. Mi fa piacere il ruolo che si vuole attribuire alla collaborazione transfrontaliera quando questa riguarda la Provincia di Bolzano, la vicina Provincia di Trento e il Land Tirolo. Tante volte l'ho detto, bisogna sviluppare queste competenze, questi ruoli, queste nostre predisposizioni al dialogo sui problemi reali che riguardano il traffico, la viabilità, l'ambiente, la natura, l'energia, la salute. Su tutti questi temi non si può essere ciechi e chiudersi gli orizzonti, si deve essere aperti invece a prospettive diverse. Bisogna costruire condizioni condivise, bisogna anche cercare di razionalizzare qualche costo. Ho fatto una proposta che andrà nelle future riunioni delle tre assemblee legislative, per esempio per prevedere che si possa avviare una politica a sostegno della diffusione dei segnali radiotelevisivi dell'emittenza pubblica e privata regionale su tutto il territorio di queste tre province affinché possa diventare normale pratica quotidiana accendere la radio e sentire, come accade qui da noi in provincia di Bolzano, una trasmissione, per me che sono di lingua italiana in lingua tedesca, forse sarebbe normale che accada anche in Tirolo accendere la radio e sentire una trasmissione in lingua italiana. Bisogna rendere forte il senso di una collaborazione, di una partecipazione, di un plurilinguismo nell'ambito di questo spazio comune, queste sono politiche positive. Se però tutto questo viene connotato da un senso nostalgico e di ricostruzione artificiale di un'entità che non c'è più, se si vuole ricostruire una sorta di spazio comune che non c'è più, se si vuole indicare la strada verso la ricostituzione di quelle unità politiche amministrative che non ci sono più nella storia, che sono superate dagli

eventi e dalla nostra quotidianità, dalle nuove generazioni che crescono e non sono più quelle dell'800, bisogna testimoniarlo con grande chiarezza. Sarebbe opportuno aprire un giorno una grande riflessione su tutto questo e dirci chiaramente che le collaborazioni transfrontaliere guardano al futuro, non devono guardare al passato, ad un Land Tirol dove si parla italiano piuttosto così come ad un Trentino dove si parla un po' di tedesco. Questo dovrebbe essere il futuro, non rinchiudersi nelle vecchie categorie del passato, perché questo sarebbe nostalgismo, sarebbe ricostituzione nell'ambito della nostra Europa di nuovi, ideali confini di separazione che dividerebbero le persone e soprattutto le coscienze. Bisogna guardare oltre questi confini, un po' più in là, il che significa nel Veneto e alle sterminate pianure della Germania forse, perché no!

Concludo dicendo che questa relazione forse doveva avere una sua naturale appendice in una riflessione proprio sulla convenzione. Le perplessità a cui mi sono richiamato in precedenza hanno invitato il presidente Kompatscher a trattarsi dal riflettere su ciò. Vedremo se nel corso della risposta che potrà dare all'aula quale riflessione in più potrà essere raccolta.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Nachdem uns der Kollege Urzi vorher bezichtigt hat, dass wir bereits als Koalitionspartner der Mehrheit auftreten würden, muss ich ihm sagen, dass sich seine Haushaltsrede in vielen Bereichen wie ein künftiges Regierungsprogramm für Bozen angehört hat. Insofern ist auch er ein wenig am Thema vorbeigeschippert.

Durch die Haushaltsrede des Landeshauptmanns ziehen sich Selbstsicherheit und Optimismus. Sie weist auf erreichte Ziele und präsentiert eine Erfolgsbilanz der ersten beiden Jahre der Ära Kompatscher, eine selbstgewisse Zwischenbilanz, getragen von sichtlichem Stolz darauf, dass es gelungen ist, nach zwei Jahren Profil und erreichte Ziele der Regierungsarbeit vorzulegen.

Es ist eine Rede, der man bescheinigen kann, dass sie ohne falschen Zungenschlag gehalten wurde, ohne Pathos und Formelkram, sondern als nüchterne, selbstsichere und auch zukunfts offene Bilanz, die sich in ihrer Kühle ein wenig anhört wie die Antrittsrede eines EU-Kommissars oder eines erfolgreichen Sanierungsmanagers. Im transalpinen Teil der Haushaltsrede steht unter anderem *"Wir werden uns dafür einsetzen, dass Südtirol in der Eusalp Governance entsprechend vertreten sein wird und dass das Sekretariat der Eusalp am Sitz der gemeinsamen ständigen Vertretung unserer Europaregion in Südtirol eingerichtet wird."* Das ist in vielerlei Hinsicht ein technisches Dokument, und wenn man dies liest, klingt das wie die Werbung von Jack Wolfskin "Draußen zu Hause".

Diese Haushaltsrede hat einige Defizite. Ein grundlegender Mangel, auf den sicher auch die Kollegin Foppa zu sprechen kommen wird, ist das völlige Fehlen des Themas Klima, ein zentrales Thema in diesen Tagen und Wochen, das völlige Fehlen von Umweltfragen. Sozusagen ausgeblendet ist die große Dimension und offene Flanke des Sozialen, auf die der Kollege Dello Sbarba eingegangen ist.

Die Bilanz des Landeshauptmannes zielt in eine andere Richtung. Die äußeren Parameter Südtirols weisen Ende 2015, nach 5 bis 7 Jahren anhaltender Stagnation, auch schmerzhafter Rezession deutlich nach oben. Wenn die Arbeitslosigkeit sinkt, die Beschäftigungsquote auf über 72% steigt, wenn Aufträge und Exportwerte erfreuliche Zahlen schreiben, dann besteht Grund zu wirtschaftlichem Optimismus. Falls das BIP-Wachstum einer bereits gut aufgestellten ökonomischen Spitzenregion neuerdings um knapp 1% zulegt, wenn für 2016 und 2017 Werte von rund 1,5 bis 1,7% ins Haus stehen, dann besteht wenig Grund dafür, die Stirn in düstere Falten zu legen. Wenn beinahe alle Wirtschaftssektoren den Turnaround schaffen, den Dreh- und Angelpunkt hin zu neuem Aufschwung, dann berechtigt dies zu Genugtuung, zumal dann, wenn die Arbeitslosigkeit wieder in die Nähe der 3%-Marke und damit der Vollbeschäftigung rückt. Der Erfolg verdankt sich nicht allein dem Steh- und Durchhaltevermögen der Unternehmen, nicht nur dem oft un- und unterbezahlten Arbeitsfleiß der Mitarbeitenden, sondern auch der Tatsache, dass es viele Betriebe auch geschafft haben, sich grundlegend zu erneuern, und dies auf zukunftsweisenden Wegen, nicht allein im Bemühen, Kosten zu drücken und zu rationalisieren, sondern auch dazu befähigt, mit authentischer Innovation zu überzeugen, Prozesse und Produkte von Grund auf neu zu denken und damit auch ein wenig die neue Digitalisierung vorwegzunehmen. Der Parcours ist grundsätzlich begrüßenswert, zumal dann, wenn er neben Wertschöpfung für die Unternehmen auch Lohn- und Gehaltserhöhungen zur Folge hat.

Der Optimismus der Haushaltsrede beruht auf einer realen Basis, die sich auch in den kommenden Jahren festigen dürfte. Die Zeiten der Hiobsbotschaften scheinen vorüber, in denen etwa wenige Tage nach den Landtagswahlen 2013 in St. Martin in Passeier Hoppe die Schließung ihrer dortigen Niederlassung verkündete und 120 Personen auf die Straße setzte oder als annähernd zur selben Zeit im Osten der sich abzeichnende Zimmerhofer-Crash in den Konkurs mündete. Sogar die Südtiroler Sparkasse scheint dem hausgemachten Desaster erfolgreich

entgegen zu steuern, da Präsident Brandstätter mit zwar gewohnt getragenem, aber tiefgründig optimistischem Grundton die Rekapitalisierung des Traditionshauses mit bedeutungsschwerem Blick verkünden darf, obwohl längst nicht alle strukturellen Schwächen beseitigt sind, die Christoph Franceschini in "Bancomat" rekapituliert, trotz heftiger Gegenattacken, die deutlich machen, dass der Autor am Kern der Probleme rührt.

Keine Frage, der wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Aufwärtstrend ist nicht nur ein Silberstreif am Horizont, sondern die positive Rahmenhandlung zur Positionsrede von Landeshauptmann Kompatscher. Und zu Recht stellen die Landesregierung und der zuständige Wirtschafts- und Finanzreferent den eigenen Anteil am Erfolg heraus: Die vollführten Steuersenkungen, die wachsende Steuerhoheit im Bereich Lokalsteuern, die Verabschiedung wichtiger Rahmengesetze wie zur Vergabe nach mühsamem Vorlauf. Wir stehen nicht an, die erzielten Geländegewinne und Erfolge anzuerkennen, nicht um der Landesregierung und ihrem Chef Rosen zu streuen, sondern um Aktivposten und Defizite in aller Klarheit voneinander zu scheiden.

Vernetzung – so lautet das Schlüsselwort, das Key-Word der Haushaltrede 2016, ein gefälliger Begriff, der anzeigen soll, dass der Aufbau von Synergien und verstärkter Zusammenarbeit nicht nur Leistung erhöhen, sondern auch neue Qualität der Regierungsarbeit und des Verwaltungshandelns hervorbringen können und auch für Wirtschaft und Gesellschaft neue Dimensionen eröffnen. Auf den ersten Blick ist das ein guter Begriff, der von "Sicherheit", dem begrifflichen Alarmknopf des Vorjahres und seiner defensive Auslegung zugunsten aktiven, vorausschauenden Handelns überwechselt. Die positive Ausstrahlung der "Vernetzung" überstrahlt freilich die Tatsache, dass damit ein logischer Schritt der Argumentation übersprungen wird. Nach der erreichten Sicherheit hieße die nächste Etappe nicht Vernetzung, sondern als notwendige Zwischenstation wäre ein anderes Konzept nicht nur gefragt, sondern sogar über die Maßen vordringlich.

Aufgrund verbesserter Sicherheit der Lebens-, Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse müsste nun ein Zustand einsetzen, der den Zugewinn an Sekurität auf eine neue Grundbefindlichkeit zuführt, ein politisches Handeln, das das Kleingeld der Sicherheit in das Feingold einer anderen Währung ummünzt. Diese dringend benötigte und doch so rare Währung, dieses grundnotwendige Konzept, lautet nun aber nicht Vernetzung, sondern trägt einen anderen Namen: Sie hieße "Vertrauen", als wichtigstes Kapital öffentlichen Handelns. Denn auf "Sicherheit" müsste "Vertrauen" folgen, und genau dieses Vertrauen entbehrt Südtirol, entbehren wir vielfach in außerordentlichem Maße. Alle Politik- und Lebensbereiche leiden unter großen Vertrauenseinbußen, unter einer Erosion, die Sicherheit und Handlungsfähigkeit grundlegend unterspült. Bürgerinnen und Bürger setzen in die Politik, zumal der Parteipolitik, nur mehr ein Minimum an Vertrauen, sodass alle Vernetzung wenig nützt, wenn doch der Funke des Vertrauens, der Geist der Einlassung nicht mehr überspringt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein zentraler Punkt. Wenn man versucht, von Sicherheit in Vernetzung zu wechseln, ohne die Basis des Vertrauens zu stärken, dann wird das nicht funktionieren.

Erlauben Sie mir, in gebotener Kürze auf drei Bereiche einzugehen, in denen der grundlegende Mangel an Vertrauen alle erhoffte Vernetzung an den Rand des Scheiterns führt. Es sind dies der Bereich der Autonomie, der Bereich der Gesundheit und jener der Partizipation, der Bürgerbeteiligung.

Gewiss - im Bereich "Autonomie" ist auf den ersten Blick Beruhigung eingetreten: Trotz aller Widerwärtigkeiten des aufziehenden Staatszentrismus, den auch Landeshauptmann Kompatscher als Irrweg inkriminiert, wurden für Südtirol innerhalb der Verfassungsreform wichtige Erfolge erzielt: Der Sicherungspakt, der trotz aller finanziellen Abstriche bis jetzt hält, die Schutzklausel, die die notwendige Überarbeitung der Autonomie nur im Einvernehmen von Staat und Land vorsieht. Dies sind grundlegende Barrieren, um auch in Abstimmung mit Österreich den Übergriffen auf zentrale Bereiche der Autonomie zu wehren. Die Crux ist nur, dass die Autonomie selbst in Südtirol nur geringe Zuneigung genießt, dass sie wenig Aufmerksamkeit auf sich zieht, von Liebe ganz zu schweigen. Zunächst wird sie wohl von rund 20-30% der deutschsprachigen Bevölkerung überhaupt grundsätzlich in Frage gestellt, wie man nüchtern konstatieren muss, da sie als ärmliche Lösung gegenüber Selbstbestimmung, Sezession und erträumter Freistaatlichkeit gilt. Aber auch abseits der Verächter der Autonomie sind ihre Wertschätzung und das Bewusstsein ihrer notwendigen Pflege denkbar gering. Sie wirkt keineswegs als mühsam erungenes Rechtsgut, dessen Weiterentwicklung die Sorge aller in diesem Lande lebenden Bürgerinnen und Bürger sein müsste, sondern eher wie eine Waschmaschine, die im Haushalt klaglos zu funktionieren hat und die Schmutzwäsche der Sprachgruppen porentief rein spült. In diesem sensiblen Bereich tritt deutlicher und schmerzlicher denn je hervor, wie wenig es auch nach 45 Jahren gelungen ist, viele Bürgerinnen und Bürger des Landes für diese Autonomie einzunehmen. Die Autonomie wird von allzu vielen betrachtet wie ein altes Haushaltsgerät, das gefälligst wartungsfrei seinen Dienst zu tun hat bzw. dringend gegen ein neues Modell auszutauschen ist, gegen einen Freistaat oder eine Selbstbestimmung, die nicht nur unrealistisch, sondern auch gefährlich sind. Da mag mich der Kollege Stocker noch so grimmig anblicken.

Der im Jänner 2016 startende Konvent wirkt aus dieser Sicht eher wie eine Form gehobener Beschäftigungs-Therapie, nicht aber als Forum, das ernsthaft und mit allen Argumenten um eine neue Stufe der Autonomie ringen würde. Wir Grünen wissen, wovon wir reden, denn die Kollegin Foppa war Erstunterzeichnerin eines Gesetzentwurfes, der vor jenem der SVP-PD-Mehrheit den Landtag erreicht hat. Wir können uns täuschen, aber dies ist der Eindruck, den wir im Vorfeld gewinnen müssen, dass dies ein Start ist ohne rechte Überzeugung, eine laue Entschlackungs-Kur, nicht aber eine Plattform zur Gewinnung neuen Terrains, sondern eine säkulare Synode der Politik, mit ähnlich zahnloser Selbstbeschwichtigung.

Der Grund für dieses Desinteresse an der Fortentwicklung der Autonomie liegt gewiss bei Bürgern und Medien selbst, vor allem aber an den Mehrheitsparteien, denen der eigene Zustand, das eigene Befinden weit mehr Sorgen bereitet als die Zukunft der Autonomie. Denn Hand aufs Herz: Für die SVP sind der Zustand der Parteifinanzen und die eigene innere Zerfahrenheit weit mehr Grund zur Sorge als die Vorbereitung einer Autonomie auf der Höhe des 21. Jahrhunderts. Es ist bedenklich, dass man als Grüner besorgt sein muss um den Zustand einer vordem übermächtigen Partei, der das Vertrauen in sich selbst gründlich abhanden gekommen ist, in der es an Statur ebenso mangelt wie an Ideen, sodass sie sich nur mehr an Leitfiguren hochranken kann wie den Ob- und den Landeshauptmann. Vom PD schweigen wir lieber, da dessen Null-Linie und dröhnendes Stillschweigen zu wichtigen Fragen, von den Flüchtlingen über die Bildung bis hin zum Wohnbau, geradezu obszön anmutet. Kurzum, wie sollen Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in Parteien setzen, die gerade im kranken Herzen Südtirols, in Bozen, ihr Versagen krachend bewiesen haben, mit einer Unfähigkeit und Schwäche, gegen die sich unsere eigene grüne Verantwortung, unser gewiss bedauernswertes und kritisierbares Zögern ebenso harmlos ausnimmt wie das Knicken eines Astes an einem vom Sturm gestürzten Baum? Um auf die Autonomie zurückzukommen: Es ist gewiss kein Wunder, wenn unter diesen Voraussetzungen der Entscheidungsschwäche, der Personal- und Ideenarmut Entwicklung und Visionen unterhalb der Leadership nicht sichtbar sind, geschweige denn jenes Vertrauen sich bilden kann, das so dringend gefragt wäre.

Umso mehr wächst die Bereitschaft für den katalanischen Weg, für die schottische Exit-Strategie, gewiss als Ausdruck einer wortmächtig argumentierenden Minderheit, deren Argumentationsspitzen aber zumindest rhetorisch mehr beeindruckend als die lauwarmer Autonomie-Routine der Mehrheitsparteien, für die eigentlich nur Achammer und Kompatscher mit der juristischen Zeller-Schützenhilfe glaubwürdig kämpfen, während der Parteitross unwillig hinter den Schlachtrössern daher tritt, ohne je eigene überzeugte Positionen zu formulieren. Wie es unser Abgeordneter Florian Kronbichler ausgedrückt hat, der in der Lage ist, Stimmungen feinfühlig wahrzunehmen, ist dies eine Haltung zur Autonomie, die sie nur als kleineres Übel begreift.

Diese Haltung der Resignation in der Mehrheitspartei ist ein Krebschaden: Dieses schleichende Desinteresse, diese stille Kapitulation werden sich dann verheerend auswirken, wenn der europäische Rechtstrend weiter zügig vorankommt, wenn Madame Le Pen 2017 die französische Präsidentenwahl ebenso gewinnt wie in Deutschland die AfD die 10-15% -Marke locker knacken wird, wie dann Matteo Salvini 2018 bei den Parlamentswahlen mit 20% reüssiert und die FPÖ stärkste Partei im Vaterland wird. Dies ist ein Negativ-Szenario, aber ich bin von Natur aus pessimistisch. Dann wird unter Rechtsparteien und Deutschpatrioten die "Vernetzung" greifen, auch in Südtirol Wirkung zeigen und die Mehrheitsparteien werden trotz guter Wirtschaftsdaten mit dem Rücken zur Wand spielen.

Die Rückgewinnung von Vertrauen in sich selbst in eigene wohl argumentierte Positionen muss ein Kernanliegen der Mehrheitsparteien sein, denn ohne eigenes Selbstvertrauen ist jenes der Bürgerinnen und Bürger nicht auf Dauer zu sichern. Vertrauen braucht es aber auch in die Autonomie, die höhere Wertschätzung verdient als ein Haushaltsgerät. Wir sind als Grüne zwar Opposition, wissen aber auch, wie sehr die Autonomie von Stabilität und Standing der Mehrheitsparteien abhängt.

Das zweite Feld des Verlusts an Vertrauen, der mehr wiegt als die angestrebte Vernetzung, ist die Ebene der Gesundheit. An diesem Sektor hängt nicht nur ein Fünftel des Landeshaushalts, von seinem Gedeihen und Funktionieren hängen wesentlich auch das Wohlergehen der Südtiroler Bevölkerung und ihr Vertrauen grundlegend ab. *"2015 wird ein Jahr, in dem wir Neuordnungen strategisch wichtiger Bereiche auf den Weg zu bringen haben, um von der Entwicklung nicht überrollt zu werden."* Das war der Grundtenor der Kompatscher Haushaltsrede im Dezember letzten Jahres. In wichtigen Bereichen ist dies gelungen, im Bereich Gesundheit scheint das Ziel noch denkbar weit entfernt. Die im Regierungsprogramm angekündigte Gesundheitsreform sollte Klarheit bringen; sie sollte aber bereits im vergangenen Frühjahr. Nun aber sind die selbst gesteckten Zeitvorgaben ebenso längst überschritten wie die Geduld der Bevölkerung überstrapaziert, erst recht jene des medizinischen Personals. Anstatt dass ein Problemfeld nach dem anderen abgearbeitet worden wäre, tut sich eines nach dem anderen neu auf: Neben den obligaten Geburtenstationen gibt es plötzlich die Arbeitszeitrestriktionen, deren Vor-

gaben wohl seit Monaten bekannt waren, die aber urplötzlich aus heiterem Himmel daher kamen. Dazu die Kampfbereitschaft der Hausärzte ebenso wie der Ärztemangel insgesamt, von der Rolle der einzelnen Krankenhäuser ganz abgesehen. Wir erkennen gerne an, dass der Gesundheitsbereich das komplexeste Feld von Politik und Verwaltung ist, da nicht nur die Ansprüche der Menschen, sondern ihr Wohlergehen an Leib und Leben von seiner Qualität abhängen. Wir wissen, dass genau hier die Qualifikation, Organisation und Zusammenarbeit von Mitarbeitenden und Strukturen aufs Äußerste gefordert sind, mehr als in jedem anderen Feld der öffentlichen Verwaltung. Es ist klar, dass im Bereich Gesundheit die Kosten am höchsten sind. Wir wissen auch, dass die verantwortliche Landesrätin ein Erbe übernommen hat, in dem allzu vieles offen war, wo sich Baugruben erst nach Amtsübernahme als wahre Abgründe entpuppt haben. Dennoch geht die seit Monaten nagende Ungewissheit über die Rolle der Krankenhäuser, über deren Leistungsprofile über die Beziehungen zwischen Krankenhäusern und Territorium über die Geduld der Beteiligten, auch über ihre Kräfte. Entscheidungen sind überfällig und Einschnitte sind mit Bedacht zu treffen, vorab auch im Interesse der kleineren Landkrankenhäuser, die mehr sind als Orte der Gesundheitsversorgung, sondern auch Symbole der Lebensqualität im ländlichen, oft abgehängten Raum. Die Geburtstationen stehen gewiss auch im Fokus von Sicherheitsfragen, die unbedingt ernst zu nehmen sind; sie sind aber auch Ausdruck der Vitalität, der Lebenskraft dezentraler Räume als die eigentliche "Stiftung Vital" für das Wipptal oder den Oberen Vinschgau. Entscheidungen sind also dringend, sie sind angekündigt für März 2016, sie sollten aber getroffen werden im Bewusstsein, dass unser Gesundheitssystem nach wie vor eines der kostengünstigsten im regionalen Vergleich ist, dass sein Anteil am BIP nur 6,55% beträgt, dass Menschen nicht nur älter werden und chronischen Krankheiten entgegensteuern, sondern auch im Alter gesünder sind. Es ist dies auch eine Frage der Prioritäten im Landeshaushalt, der künftig ein wenig mehr Spielräume zulässt. Bitte bedenken Sie also: In den kommenden drei Monaten haben Sie, Frau Landesrätin, Sie Herr Landeshauptmann, die Mehrheitsparteien insgesamt Entscheidungen zu treffen, von denen ihre Glaubwürdigkeit grundlegend abhängt.

Partizipation und Bürgerbeteiligung ist ein drittes Feld, in dem es weniger um Vernetzung geht, als vielmehr um Rückgewinnung fehlenden Vertrauens. Der Vertrauensverlust im Bereich Bürgerbeteiligung zeigt sich vor allem an zwei Aspekten: In sinkender Wahlbeteiligung und wachsender Skepsis gegenüber traditionellen Parteien, oft auch in deren Ablehnung – von Parteienskepsis zu Parteiensepsis – könnte man zugespitzt sagen. In der Tat, das Klima gegenüber Parteien ist vergiftet, Folge des Rentenskandals, der einen bereits angelaufenen Erosionsprozess noch weiter beschleunigt hat, Folge aber auch der staats- und europaweit aufgebrochenen Parteienmüdigkeit.

Dass italienweit nur mehr 3% der Bevölkerung in Parteien Vertrauen hegen, besagt eigentlich alles und hat sich vor allem in Bozen gezeigt, wo die für die gesamtstaatliche Situation sensible Wählerschaft im Mai 2015 ein Minimum an Wahlbeteiligung erzielt hat. Mehr noch, die Abstinenz zeigt die Entstehung von parteifernen Bürgerlisten, in denen Wählerinnen und Wähler das Heil vermuten und wie tief der Ruf von Parteiformationen gesunken ist. Und dass diese Listen dann bald schon wieder in den meisten Fällen auseinander fallen, steigert dann die Politikverdrossenheit dann noch weiter. Die Folge ist dann die übersteigerte Hoffnung auf Persönlichkeiten, die schier hemmungslose Personalisierung von Politik, wie sie auch in unseren Breiten zunehmend grassiert. Die Verehrung des zweifellos geschätzten Kollegen Paul Köllensperger, die sich alsbald der Seligsprechung nähert, aber auch jene des Landeshauptmanns sind hierfür deutliche Indikatoren. Im weiteren Gegenzug richten sich die Hoffnungen auf die Macher der Wirtschaft, die aber leider mit dem Gemeinwohl nicht durchwegs verbündet sind.

Bozen wird zweifellos 2016 zum Bewährungstest für die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und die Glaubwürdigkeit der Politik werden. Die zweite wird sich um die Frage des Konvents und der Direkten Demokratie entspinnen.

Aus unserer Sicht zählt die Wiederherstellung des Vertrauens in die Politik zu den Grundherausforderungen für 2016, in ihre Institutionen, in ihre Parteien, in ihre Akteure. Hält die Verunsicherung weiter an, so öffnen sich in der Mitte der Gesellschaft der Radikalisierung breite Schneisen, die sich dann ausweiten, wenn die aktuell deutlich verbesserte Lage neuerdings in den Krisenmodus wechselt. Wenn auf Südtirol stärkere Flüchtlingsbewegungen zukommen, wenn Sicherheitsrisiken ernsthafteres Ausmaß annehmen als die vom Kollegen Rösch inkriminierten "vier Hansln", dann können Politikmüdigkeit und -skepsis in radikalere Protestformen umschlagen.

Davor habe ich keine Angst, wohl aber Sorge, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, und aus dem Grund erscheint mir die Neubegründung von Vertrauen in politisches Handeln ein zentrales Anliegen. Es liegt längst nicht nur an uns, sondern auch an der Berichterstattung und Kommunikationsweise in alten und neuen Medien, auch in der Vorurteilspflege von Bürgerinnen und Bürgern, die dringend eines Korrektivs bedarf. Die Hauptverantwortung liegt bei uns allen, um jenes Vertrauen neu zu begründen, das allein einen tragfähigen Pakt zwischen Gesellschaft

und Politik begründet, als ein Grundbedürfnis, dessen Fehlen in der Haushaltsrede von Landeshauptmann Kompatscher schmerzlich auffällt.

SCHIEFER (SVP): Vorab möchte ich meine Anerkennung aussprechen, da die Haushaltsrede sehr ausgewogen formuliert ist. Sie beinhaltet die gesamte Problematik der Südtirol-Politik und behandelt sie als Vorschau.

Ich möchte nicht über die Haushaltsrede sprechen, sondern vielmehr als Vertreter des Unterlandes/Überetsch einige Anliegen vorbringen und in die Haushaltsdiskussion einfließen lassen.

Das Unterland hat schon seit jeher das Problem, sich ein bisschen minderwertig zu fühlen. Es heißt immer das "arme Unterland", das politisch zu schwach sei. Zu viele Italiener und jetzt auch noch zu viele Zuwanderer werden ins Feld geführt. Trotzdem möchte ich sagen, dass es dafür eine geschichtliche Begründung gibt. Als die Landeshauptmannschaft des heute gefeierten Karl Erckert begonnen hat, war das Unterland noch Trentino. Man hat uns damals fast vergessen. Das Unterland wurde beim Trentino belassen und nicht sofort schon Südtirol angeschlossen. Da hat es viele Kämpfe gebraucht, damit unter der Landeshauptmannschaft von Karl Erckert das gesamte Unterland zur Provinz Bozen bzw. zu Südtirol kommen konnte. Viel hängt auch damit zusammen. Das ist immer noch in den Köpfen der Menschen verankert. Man darf aber nicht vergessen, dass Südtirol nicht Südtirol wäre, wenn nicht das Unterland und der Süden Südtirols einen wesentlichen Bestandteil davon ausmachen würden.

Ich komme nun zu einigen Punkten und beginne mit der Gesundheitsreform. Die Gesundheitsreform war im Unterland nie so ein großes Thema, weil man uns kaum etwas nehmen konnte und die Bevölkerung mit dem Krankenhaus Bozen, so gut es auch funktioniert, nicht sehr zufrieden war. Sie hat sich oft nach Meran, Brixen oder auch nach Sterzing begeben. Die Gesundheitsreform kann somit für das Unterland und Überetsch nur Vorteile bringen. Es kann also nur besser werden. Meines Erachtens ist die Gesundheitsversorgung vor Ort das Wichtigste. Darauf lege ich besonderen Wert. In anderen Bezirken, in denen es ein Krankenhaus gibt, ist die Gesundheitsversorgung vor Ort garantiert. Wir haben aber nur jeweils einen Sprengel in Neumarkt und in Auer. Frau Landesrätin, wir haben schon öfters darüber geredet, und ich möchte, dass man das auch umsetzt. In diesem Sinne hoffe ich, dass sich die Gesundheitsreform positiv auf unser Gebiet auswirken wird.

Was die Sozialpolitik angeht, wurde in Vergangenheit schon sehr viel Aufbauarbeit geleistet. Es heißt aber immer, dass viel zu viel Geld ausgegeben wird. Man darf nicht vergessen, dass ein großer Teil davon für den Pflegefonds, für die Zivilinvaliden und für die Zahlung der Mietbeihilfen usw. verwendet wird. Allein die Bezirksgemeinschaften bekommen 120 Millionen Euro jährlich für die eigenen Zuständigkeiten. Deshalb hoffe ich, dass die Bezirksgemeinschaften diese Rolle, die sie seit 23 Jahren sehr gut erfüllen, weiterhin erfüllen können.

Zu den öffentlichen Arbeiten. Landesrat Tommasini, die Arbeiten auf der Mendelpassstraße Mendel sollen so schnell wie möglich durchgeführt werden. Diese sind dringend notwendig, denn wenn der nächste Schneefall kommt, wird die Straße wahrscheinlich wieder gesperrt werden müssen. Dasselbe gilt für die Brücken über die Etsch bei Neumarkt und bei St. Florian. Außerdem möchte ich den Landeshauptmann ersuchen, weiterhin wie bisher im Rahmen der Verlängerung der Autobahnkonzession dafür zu sorgen, dass die Arbeiten gerade an der Etschbrücke in Neumarkt so schnell wie möglich vorangetrieben werden, denn dieser Zustand ist auf Dauer nicht mehr tragbar. Im Übrigen möchte ich ein großes Kompliment dafür aussprechen, dass es aufgrund der guten Beziehungen zu Delrio und Renzi gelungen ist, die Konzession für die Brennerautobahn zu verlängern.

Mit dem neuen Mobilitätsgesetz hat man einen wichtigen Schritt nach vorne gemacht. Das, was heute für die öffentliche Mobilität an Geld ausgegeben wird, lässt Gleichwertiges in anderen Provinzen und Regionen Italiens vermissen. Deshalb sollte dieser Weg weiterhin beschritten werden, vor allem in Bezug auf das Funktionieren der Bahn. Wir sind mit den Bahnverbindungen ins Unterland nicht zufrieden, aber das, was bei der Bahn generell geleistet worden ist, ist großartig. Man bedenke, dass auf der Hauptlinie Trient – Brenner alle halbe Stunde ein Zug fährt. Die zusätzliche Einführung von zwei Freccia-d'Argento-Zügen nach Rom ist ein weiterer großer Schritt in die richtige Richtung.

Was den BBT betrifft, möchte ich Folgendes sagen: Wenn im Unterland zum Teil der Eindruck entstanden ist, dass man nicht wüsste, was man will, dann kann ich Ihnen sagen, dass gestern bei einer Versammlung in Tanas grundsätzlich beschlossen wurde, dass man nach wie vor zur Tunnellösung steht, wenngleich mit einigen wenn und abers. Wir wollen aber die Garantie, dass die erforderlichen Kontrollen durchgeführt werden, damit man vor allem die Angst in den Gemeinden Montan, Neumarkt und Salurn vor einem Ausbleiben von Quellen nehmen kann. Diese Botschaft möchte ich überbringen.

Zum Stichwort Erreichbarkeit möchte ich sagen, dass man dieses Wort in letzter Zeit immer in Zusammenhang mit dem Flughafen hört. Meine Skepsis und mein kritisches Verhalten dem Flughafen gegenüber bleiben weiterhin bestehen. Wir werden aber vorsichtig beobachtend bleiben. Ich weiß nicht, wie das Unterland insgesamt zur Problematik des Flughafens steht. Es wird natürlich keine pro-aktive Haltung seitens des Unterlandes geben können, und zwar deshalb, weil die Auswirkungen für das Unterland zu spüren sein werden. Es gibt nämlich keinen anderen Landesteil, der den Flughafen so spüren würde als das Unterland. Darüber werden wir uns noch auseinandersetzen.

Zwei Worte auch zur Gemeindenfinanzierung. Ich glaube, dass das Modell interessant ist. Natürlich ist es im Moment schwierig, sich umzustellen, aber es ist eine Entscheidung in die richtige Richtung. Der Gemeindeausgleich ist ein großes Plus. Die Gemeinden werden mehr Autonomie und eine größere Gestaltungsfreiheit haben. Es ist wichtig, dass das Land, wenn es den Gemeinden zusätzliche Zuständigkeiten gibt, für die entsprechenden finanziellen Mittel sorgt.

Abschließend noch ein Kompliment zur Errichtung des Unternehmens "Alperia". Der Kollege Dello Sbarba hat diesbezüglich ja fast eine Lobeshymne gesungen.

Nachdem das Unterland den größten Anteil des Verkehrs zu bewältigen hat, möchte ich abschließend noch Folgendes sagen: Früher war eine Industriezone im gesamten Unterland vorgesehen, was Gott sei Dank ausgeblieben ist. Wir haben eine gute Weinproduktion und auch eine gute Äpfelproduktion, vielleicht nicht so gut wie jene der Vinschgau. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Unterland ein Nadelöhr ist. Wir sind gleichzeitig aber auch die Aorta Südtirols, denn alles, was nach Südtirol kommt und von Südtirol hinausgeht, geht durchs Unterland. Ich ersuche darum, das zu bedenken und in diesem Sinne das Unterland so zu behandeln, wie es sich verdient. Danke!

PRÄSIDENT: Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 17.55 Uhr

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

BLAAS (2)

DELLO SBARBA (8)

HEISS (19)

PÖDER (5)

SCHIEFER (23)

STEGER (5)

URZÌ (5, 15)

ZIMMERHOFER (13)